Bezugspreis für Februar durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk. Beilagen: „Am Web der Zeit" (für das Gesellesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Länder und Verkehr „Stamm und Scholle" aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken Bocholter Anzeiger nur für die Bezieher der zweiligen Kreise wochentäglich
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2445 2446 und 2450
Geschäftsstelle Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. 78.
Rheine, Emsstraße 31a, Fernspr. 650.
Berliner Redaktion, Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48, Potsdamerstraße 5 Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die 5mm hohe 30 mm breite Zeile für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familien-Anzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Die 5mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Einzelner Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht
Postscheck-Konto Köln 42 114 Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe

Montag, den 14. Februar 1927.

76. Jahrgang. Nr. 155

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Vorläufig ausgesetzt.

tu. **Berlin**, 12. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt: Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald hat dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Pradzynski, heute mittag folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Wie Ihnen bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn-Elektrizitätswerke A.-G. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Reigerung handelt es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der persönlichen Interessen der betroffenen Reichsangehörigen, sondern maßgebend war vor allem der Umstand, **daß die polnischen Behörden, insbesondere in Polnisch-Oberschlesien, in den letzten Monaten systematisch die Politik verfolgen, Reichsangehörige, die in wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind, aus diesen Stellungen durch behördlichen Druck auf die Unternehmungen oder durch Nichtgenehmigung der Aufenthaltsverlängerung zu verdrängen. Der jetzt vorliegende Fall ist nur ein Glied in einer langen Reihe von Fällen ähnlicher Art.** Die deutsche Regierung hat deshalb ihre Gesandtschaft in Warschau bereits am 22. Januar beauftragt, der polnischen Regierung mitzuteilen, daß dieses Vorgehen der polnischen Behörden auf die Handelsvertrasverhandlungen nicht ohne Wirkung sein könne, da die Regelung der Frage des Aufenthaltes und der Niederlassung von Reichsangehörigen in Polen und von polnischen Staatsangehörigen in Deutschland einen wichtigen Teil dieser Verhandlungen bilden.

Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen. **Sie hat damit aufs Neue zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorschläge in der Frage des Aufenthaltes und der Niederlassung einzugehen, daß sie vielmehr im Widerspruch mit diesen Vorschlägen und trotz ihrer seit langen Monaten im Gange befindlichen Erörterung in weitgehendem Maße vollendete Tatsachen zu schaffen sucht. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Verhandlungen in der bisherigen Weise nicht mit Aussicht auf Erfolg fortgeführt werden können.** Ich beehre mich daher, Herr Bevollmächtigter, Ihnen mitzuteilen, daß nach Auffassung der deutschen Regierung **eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten erscheint. In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Art ergeben.** Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung es schon bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Weihnachten für zweckmäßig gehalten hat, über die Frage der Ausweisungen direkte Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Anregung zu bringen. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat einen entsprechenden Antrag bei der polnischen Regierung bereits gestellt. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden und zu einem Ergebnis führen, durch das der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle vorgebeugt, und was die deutsche Regierung sehr begrüßen würde, die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird."

Hierzu wird der Telegraphen-Union über den bisherigen Verlauf und den augenblicklichen Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Bekanntlich sind die Handelsvertragsverhandlungen seit fast zwei Jahren im Gange. Wenn in der deutschen Oeffentlichkeit in letzter Zeit mehrfach die Ansicht aufgetaucht ist, die Verhandlungen näherten sich bereits dem Abschluß, oder hätten, wie es von polnischer Seite dargestellt wurde, nennenswerte Fortschritte gemacht, so ist dies leider unzutreffend.

In der Kommission für die Rechte der physischen und juristischen Personen stand die polnische Delegation nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das vertragsmäßige Niederlassungsrecht aufs Aeußerste beschränkt werden müßte. Auch nachdem die deutsche Delegation erklärt hatte, sie sei grundsätzlich bereit, ein vertragsmäßiges Niederlassungsrecht nur für wirtschaftlich tätige Personen in Anspruch zu nehmen, hat Polen das Niederlassungsrecht für die gesamte Landwirtschaft, für alle Angestellte und für fast alle freien Berufe ausdrücklich abgelehnt, so daß dieses Recht praktisch nur für die für die Eintragung ins Handelsregister in Betracht kommenden Kaufleute und Gewerbetreibenden übrig geblieben wäre. Auch waren von der polnischen Delegation Zusagen irgendwelcher Art, die eine sichere Gewähr für eine einwandfreie Handhabung der polnischen Einreisebestimmungen, wenigstens bei Einreisenden zu vorübergehendem Aufenthalt, boten, nicht zu erlangen, obwohl die deutsche Regierung auch in dieser Beziehung ihre anfänglichen Forderungen weitgehend ermäßigt hat. Die polnische Delegation war vielmehr in jeder Weise bestrebt, für Polen völlige Freiheit in der Handhabung der inneren Verwaltungsbestimmungen vorzubehalten.

Ebensowenig wie in der Niederlassungskommission ist es auch in der Kommission für die zolltarifischen Fragen bisher gelungen, eine wesentliche Annäherung zu erzielen. Die deutsche Delegation hat sich, um einen der wichtigsten Streitpunkte zu nennen, trotz schwerer Bedenken der Landwirtschaft bereit erklärt, für Deutsch-Oberschlesien ein bestimmtes Kontingent geschlachteter Schweine und für eine Anzahl deutscher Fleischfabriken Schweinefleisch in unbeschränkter Menge hereinzulassen. Die polnische Delegation hat sich darauf beschränkt, dieses Zugeständnis einfach als ungenügend zu bezeichnen. Gegenkonzessionen sind von polnischer Seite nicht erfolgt. Auch in der Frage der Zolltarifpositionen bestehen noch jetzt sehr starke Gegensätze. Für einen Abschluß des Vertrages in absehbarer Zeit besteht daher keinerlei Aussicht, so dringend er im Interesse beider Länder auch zu wünschen wäre.

Die jetzt eintretende Pause wird hoffentlich nicht nur zu einer schnellen Regelung der Ausweisungsfrage selbst führen, sondern der polnischen Regierung auch Gelegenheit geben, die übrigen strittigen Punkte erneut in Erwägung zu ziehen.

Eine Erklärung des polnischen Außenministers

Berlin, 13. Febr. Der polnische Außenminister Zaleski hat nach einem aus Warschau vorliegenden Telegramm dem Vertreter der Zeitung „Glos Prawda" ein Interview gewährt, in dem er erklärte, er sei erstaunt darüber, daß die Reichsregierung sich veranlaßt gefühlt habe, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu unterbrechen. Wenn die Reichsregierung mit der derzeitigen Stellung der deutschen Staatsangehörigen in der polnischen Ausländergesetzgebung unzufrieden sei, so hätte doch gerade aus diesem Grunde für Deutschland alle Veranlassung bestanden, die Verhandlungen weiterzuführen, eben um ein zufriedenstellendes Ergebnis in diesem Punkte herbeizuführen. Für Polen bestehe doch vor Abschluß der betreffenden Verhandlungen keine Veranlassung, den später vertragsmäßigen Zustand schon jetzt einzuführen.

In diplomatischen Kreisen Berlins weist man gegenüber der doch immerhin recht eigenartig anmutenden Auffassung des verantwortlichen Leiters der polnischen Außenpolitik darauf hin, daß in Wirklichkeit die Dinge doch so liegen, daß, während man über eine bestimmte Frage verhandelt, der eine Teil unmöglich ein fait accompli, wie es die Deutschen-Ausweisungen der letzten Tage unzweifelhaft darstellen, hinnehmen kann, das die Verhandlungen selbst illusorisch macht, abgesehen davon daß ein solches Vorgehen allen bestehenden völkerrechtlichen Gebräuchen widerspricht, wenn während des Verlaufs schon an sich schwieriger Verhandlungen der Verhandlungsgegenstand derartig verändert wird. Auch vom Prestigestandpunkt aus ist es eine unerträgliche Situation, wenn über die Sicherstellung des Aufenthaltsrechts der beiderseitigen Staatsagehörigen in den betreffenden Ländern verhandelt wird und das eine Land gegenüber den Staatsangehörigen des anderen Landes eine systematische Verdrängungspolitik treibt. Deutschland kann und darf es nicht zulassen, daß in einem Augenblick, wo nach langjährigen vergeblichen Versuchen endlich ein vertragsfähiger Zustand geschaffen werden soll, von einer Seite der an sich schon unerträgliche Zustand der gegenseitigen Beziehungen durch einseitige Unfreundlichkeiten sogar gegenüber dem bisherigen Zustand verändert und zu Ungunsten Deutschlands verschlechtert wird.

Vor einem Sturz des Kabinetts Pilsudski?

tu **Warschau**, 12. Febr. In der heutigen Sejmsitzung wurde bei der Abstimmung über den Etat in zweiter Lesung der Dispositionsfonds des Außenministers für die Vertretung in Genf sowie die Kredite für das erst kürzlich geschaffene Ministerium für Post und Telegraphie gänzlich gestrichen und der Dispositionsfond des Innenministers von zwei auf eine Million Zloty gekürzt. Da die am Montag stattfindende Abstimmung in dritter Lesung ein ähnliches Ergebnis haben dürfte, ist mit einem Rücktritt Pilsudskis zu rechnen. Die zweite Sensation des Tages war, daß Vizepremier Bartel, er nach der Abstimmung die Lage mit Pilsudski besprechen wollte, von diesem nicht empfangen wurde.

Fürst Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen, der Bruder des Königs von Rumänien, ist in Bukarest eingetroffen.

König Gustav von Schweden ist von Stockholm nach Rom abgereist, um seine dort weilende Gemahlin zu besuchen, deren Gesundheitszustand sich in letzter Zeit erheblich gebessert hat. Der König wird den Sonntag in Berlin verbringen.

Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei.

Einmütiges Vertrauensvotum für die Reichstagsfraktion.

S **Berlin**, 13. Febr. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Die leitenden Parteiinstanzen des Zentrums hatten am Sonntag die Vertreter der Partei aus dem Lande zu einer Aussprache nach Berlin berufen, um zu der neuen politischen Situation, wie sie sich durch die Bildung der Regierung ergeben hat, Stellung zu nehmen. Der Aufforderung war in außerordentlich starkem Maße aus allen Teilen des Reiches Folge geleistet worden. Der Tagung des Reichsparteiausschusses, die am Sonntagvormittag im Reichstage begann, ging am Samstag eine

Sitzung des Reichsparteivorstandes

voraus, die unter der Leitung des Chefs der Partei, des Reichskanzlers Dr. Marx stand. Bei den Beratungen des Reichsparteivorstandes wurde zu den gesamten politischen Fragen Stellung genommen, ebenso zu den Fragen der Organisation der Partei. Die kraftvoll in die Wege geleitete Bildungsarbeit innerhalb der Partei soll weiter gefördert werden. Das geschieht insbesondere auch hinsichtlich der materiellen Sicherung dieser Arbeit. Zu diesem Zwecke ist eine eigene Gesellschaft gebildet worden, welche die Aufgabe hat, durch besondere Mitgliederbeiträge die politische Bildungsarbeit zu finanzieren. Bei der außerordentlichen Bedeutung, die gerade dieser Frage zukommt, wird erwartet, daß dieses Problem durch die Parteianhänger stärkste Förderung erfährt. Auch der Reichsparteiausschuß hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Außerdem ist im Reichsparteivorstand die Frage der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften für die Diaspora, die ebenfalls die Partei nachdrücklich beschäftigt, weiter gefördert worden. Das gleiche gilt für die Unterstützung der Frauenabteilung und der Windthorstbunde. Insbesondere wird die Unterstützung der mit außerordentlichem Nutzen für die Partei arbeitenden Zeitschrift „Das junge Zentrum" empfohlen.

Ein besonderer Hinweis erfolgte auf die für den 14. März vorgesehene Reichsmittelstandstagung, zu der auch die Ressortminister, insbesondere der Reichsfinanzminister und der preußische Wohlfahrtsminister und Vertreter der Fraktionen vom Reichstage und den Landtagen erscheinen. Die Mittelstandsvertreter aus dem Lande werden bei dieser Sitzung Gelegenheit haben, in besonders Erfolg versprechender Form ihre Auffassungen und Wünsche geltend zu machen. Als ganz besonders wichtig bezeichnete der Reichsparteivorstand und ihm zustimmend der Reichsparteiausschuß die Frage der Materialsammlung für die Geschichte der Partei. In diesem Sinne soll eine besondere organisatorische Arbeit in die Wege geleitet werden.

Die Tagung des Reichsparteiausschusses

wurde geleitet von dem Vorsitzenden der Gesamtpartei Reichskanzler Dr. Marx. Anwesend waren u. a. die dem Zentrum angehörenden Minister der Reichsregierung und der preußischen Regierung, ferner zahlreiche Abgeordnete des Reichs- und Landtages. Auch der Vizepräsident des preußischen Landtages und Vorsitzender der preußischen Zentrumspartei Geheimrat Dr. Porsch war wie stets zur Stelle. Die Landesorganisationen hatten fast sämtlich Vertreter entsandt. Leider ist der Führer der Badischen Zentrumspartei Prälat Dr. Schofer immer noch erkrankt, und der Vorsitzende des Reichskanzlers Dr. Marx, diesem hochverdienten Manne ein Begrüßungstelegramm mit den besten Wünschen für seine baldige Genesung zu senden, wurde mit einmütigem Beifall begleitet. Auch Reichskanzler a. D. Dr. Wirth war zu den Verhandlungen erschienen.

Der Vorsitzende, Reichskanzler **Dr. Marx**, berichtete über die politische Lage und die Entwicklung, die zu der jetzigen parlamentarischen Konstellation geführt hat. Diese Entwicklung war eine zwangsläufige. Das Zentrum nimmt für sich in Anspruch, kraft der christlichen Grundsätze, die es immer vertreten hat, eine Politik zu treiben, die das Gesamtwohl des deutschen Volkes im Auge hat. Vor allem hat das Zentrum Gewicht darauf gelegt, erzieherisch auf die Oppositionsparteien zu wirken, damit die positiven Kräfte in allen Teilen der Bevölkerung und auch im Parlament dem Staate und dem Volkswohl dienstbar gemacht werden. Unter diesem Gesichtspunkte sind die Ereignisse der letzten Wochen und das Bestreben der Zentrumsfraktion zu beurteilen, zu den jetzigen politischen Ergebnissen gekommen. Reichskanzler Dr. Marx entwickelte dann die historische Reihenfolge der Ereignisse der letzten Wochen und betonte, daß, um eine schlimmere Katastrophe zu vermeiden, die Reichstagsfraktion des Zentrums notgedrungen zu dem jetzigen Ausweg gezwungen war.

In einer späteren Entgegnung auf Bemerkungen des Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth äußerte sich Reichskanzler Dr. Marx dann noch dahin, daß gerade die Sozialdemokratie in ihrem Dienste gegenüber der Republik versagt habe, daß sie es war, die nicht in die Regierung eintreten wollte, und daß gerade die Sozialdemokratie es ist, die, wenn überhaupt davon die Rede sein könne, die Republik durch dieses Rechtskabinett in Gefahr gebracht hätte. Die Ausführungen des Kanzlers fanden lebhaften Widerhall bei allen Versammelten.

Abg. **Joos** kam alsdann auf das Zentrumsmanifest zu sprechen und entwickelte die Richtlinien.

In der darauf sich entwickelnden

Debatte

kamen Vertreter aus den verschiedensten Landesteilen, auch aus Süddeutschland zu Wort, und immer wieder klang das volle Verständnis und das volle Vertrauen für das Vorgehen der Zentrumsfraktion heraus. Man war sich dabei der Notwendigkeit der Aufklärung im Lande bewußt.

Besondere Begrüßung fand der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler, dem von der Versamlungg Anerkennung und Dank für die hilfsbereite Uebernahme seines schweren Amtes entgegengebracht wurde.

Alsdann begründete Reichsrat **Lensing** eine

Vertrauensentschließung

der Versammlung, die folgenden Wortlaut hat und die zum Schluß von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Der heute in Berlin tagende Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei billigt die Politik der Zentrumsfraktion des Reichstages und spricht ihr vollstes Vertrauen aus."

Alsdann kam Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** zu Wort, der die sozialpolitischen Probleme der nächsten Zukunft behandelte und dabei auch auf die Fragen der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitszeit einging.

Dr. **Klöcker** berichtete über die Tätigkeit des in Erfurt eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Reform des Reichswahlgesetzes und betonte die außerordentlichen Schwierigkeiten, die hier entgegenständen. In drei Wochen etwa solle Material für einen festen Reformvorschlag vorgelegt werden.

Prälat **Kaas** ging auf die Außenpolitik ein und stellte noch einmal mit aller Entschiedenheit fest, daß von außen her und namentlich von kirchlicher Seite kein Einfluß auf die Zentrumsfraktion bei der Regierungsbildung ausgeübt worden sei.

Unter der allgemeinen Aufmerksamkeit der Versammlung kam alsdann Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth** zu Wort, der seine Haltung bei der Reichstagsabstimmung zu rechtfertigen suchte. Er ging dabei aus von der jetzt im Vordergrund stehenden Außenpolitik. Dr. Wirth schilderte eingehend die Bedenken und Sorgen, die er der jetzigen Regierung gegenüber habe, und wie er vor seinem Gewissen verpflichtet gewesen sei, dieser Regierung das Vertrauen zu verweigern.

Reichskanzler Dr. **Marx** betonte nochmals, daß gerade ihm der Schutz der Verfassung und der Republik am Herzen liege, und daß er für sich in Anspruch nehmen müsse, daß unter seiner Leitung im Kabinett dieser Schutz voll gewährleistet sei und daß das Manifest des Zentrums nach wie vor die Basis für jede Regierungspolitik bilden werde. Er fand bei diesen seinen Aeußerungen vollstes Verständnis und wiederholte Beifallsäußerungen der Versammlung.

Auch Ministerpräsident a. D. **Stegerwald** behandelte noch einmal die ganze politische Situation und betonte mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Einigkeit und Geschlossenheit der Fraktion, die nur dann etwaige Uebergriffe von deutschnationaler Seite mit Erfolg entgegentreten könne.

Nun schritt man zur Abstimmung über das Vertrauensvotum, das, wie bereits oben berichtet, einstimmig angenommen wurde. Im Anschluß daran ergriff Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth** nochmals das Wort zu einigen Ausführungen gegenüber dem Prälaten Kaas, so daß zwischen beiden eine lebhafte, aber auch eine für das Verständnis beider Politiker fruchtbare Diskussion sich ergab.

Reichskanzler Dr. **Marx** schloß alsdann die Tagung mit dem Gelöbnis, im Sinne unserer bewährten Zentrumsgrundsätze auch weiterhin nur Zentrumspolitik zu betreiben und darauf zu achten, das auch nicht das geringste geschehe, das irgendwie an den Zentrumsgrundsätze rüttele und ihnen entgegenstehe.

Unter lebhaftem Beifall der Tagungsteilnehmer fand die Tagung dadurch einen befriedigenden Abschluß.

Coolidges Abrüstungsvorschläge.

Eine Erklärung des Weißen Hauses zur Abrüstungsbotschaft.

b. **Berlin**, 13. Febr. Die Morgenblätter melden aus Washington: Wie an maßgebender Stelle im Weißen Hause erklärt wird, ist Präsident Coolidge durchaus davon überzeugt, daß sein Vorschlag einer weiteren Ausdehnung der Leitsätze des Washingtoner Flottenabrüstungsvertrages auf Grund der Beratungen einer nach Genf einzuberufenen Konferenz von den Mächten wohlwollender Prüfung unterzogen werden wird. Obwohl in der Umgebung des Präsidenten zugegeben wird, daß bei der vorbereitenden Abrüstungskonferenz die Frage, welches der drei Teilprobleme der Abrüstung zuerst in Angriff genommen werden soll, sich als Stein des Anstoßes erwies, so glaubt doch der Präsident, daß dies keine Einwendung gegen seine Vorschläge darstellen könne, sondern das vielmehr seine Vorschläge, die für eine Weiterführung der Einschränkung der Rüstungen zur See eintreten, geeignet sind, einen Ausweg aus dem Dilemma zu bieten.

Die Aufnahme durch Frankreich.

w **Paris**, 13. Febr. (Tel.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der Note, die die französische Regierung an Präsident Coolidge in der Frage der Seeabrüstung übermitteln wird, wie folgt darzustellen:

Frankreich sei bereit, sich jeder Initiative anzuschließen, welche die Abrüstung und die Aufrechterhaltung des Friedens bezweckt, aber eine Konferenz wie diejenige, die Präsident Coolidge vorschlage, und die nur die Vertreter der fünf großen Seemächte (Vereinigte Staaten, England, Japan, Frankreich und Italien) vereinigen werde, würde einen doppelten Mangel aufweisen. Erstens würde sie zwei Kategorien von Mächten schaffen, von denen die eine der Seeabrüstung unterworfen sei, während die andere ihr vollkommen entging. Um beispielsweise nur die Mittelmeermächte anzuführen, so würden allein Frankreich und Italien aufgefordert werden, die Zahl der Kriegsschiffe herabzusetzen, während Spanien, Griechenland, die Türkei und Sowjetrußland vollkommene Freiheit für den Bau von Schiffen behalten würden. Man sehe an diesem Beispiel, zu welchen Ungerechtigkeiten der amerikanische Vorschlag führen könnte. Andererseits würde der amerikanische Vorschlag gegen den fundamentalen Grundsatz verstoßen, der auf Vorschlag der französischen Delegation in der vorbereitenden Kommission des Völkerbundes für die Abrüstungskonferenz maßgebend gewesen sei, nämlich der Verbindung der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie der industriellen und bevölkerungspolitischen Kräfte. Es sei unmöglich, die Frage der Seeabrüstung davon zu isolieren.

Japan und Coolidges Vorschlag.

tu **Berlin**, 12. Febr. Wie die Abendblätter aus Tokio melden, wird der amerikanische Abrüstungsvorschlag dort sehr reserviert aufgenommen. Man erklärt zwar, daß Japan prinzipiell damit einverstanden sei, lehnt jedoch unbedingt eine Nationierung der Hilfsschiffe gemäß derjenigen der Großkampfschiffe im Verhältnis von fünf zu fünf zu drei ab, und verlangt statt der Einzelrationierung eine einheitliche für Kreuzer, Unterseeboote und Zerstörer zusammen. Es wird betont, daß sich die Situation im Pazific seit der Washingtoner Konferenz grundlegend verändert habe. Die Befestigung des Hafens von Singapore, die Umstationierung des amerikanischen Atlanticgeschwaders zum Pazific, sowie das amerikanische Einwanderungsverbot hätten gegen den Geist der ersten Abrüstungskonferenz verstoßen.

Chamberlain verteidigt sich.

Das englische Chinamemorandum.

jt. **Genf**, 11. Febr. (Eig. Mldg.) Das soeben vom Generalsekretariat den Völkerbundmitgliedern und der Presse mitgeteilte Chinememorandum Chamberlains ist ein umfangreicher, in 8 Abschnitte geteilter Versuch, die Grundlage und Richtung der englischen Chinapolitik zu rechtfertigen.

Abschnitt I betont mit Nachdruck, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz, d. h. die darin anerkannten Generalprinzipien (Schutz der Integrität Chinas und seiner politischen und wirtschaftlichen Entfaltung sowie Entgegenkommen bezüglich der Zollaufschläge und Studium der Exterritorialitätsfrage) unbedingte Basis der englischen Haltung seien. Der Zerfall der Souveränität Chinas — so führt Abschnitt II aus — und die Fraglichkeit der Zusammenarbeit der Mächte, hätten aber die politische Realisierung dieser „Hypothesen" von Washington in Frage gestellt. Insbesondere habe eine wüste Boykottkampagne, die sich unerklärlicherweise gegen England gerichtet habe, das Vertrauen zerstört (Abschnitt III). So sei unter anderem (Abschnitt IV) die Auswirkung der von England in keiner Weise zu vertretenden Haltung der Polizei in Shanghai im Jahre 1925 einfach England zur Last gelegt, obwohl die Shanghaier Siedlung eine internationale Konzession unter derzeitiger amerikanischer Oberleitung sei. Gleicherweise sei der Versuch gemacht worden, die korrekte Haltung des englischen Korps in Hankau am 3. Januar als agressive Haltung Englands auszulegen (Abschnitt V), obwohl keine Chinesen getötet worden seien. Abschnitt VI des Memorandums definiert daher die chinesische Haltung als Rechtsbruch und schließt weiterhin aus der so gezeigten Entwicklung der Dinge auf die Notwendigkeit in solchen Zeiten, für den Schutz der englischen Staatsangehörigen sorgen zu müssen. Daher die Truppenentsendungen zur Deckung Shang ais, das nach der Flucht der Europäer aus Hankau und Kiou-Kiang als letzte Zuflucht der berechtigten englischen Interessen gegen jede Gefahr verteidigt werden müsse. Die Verteidigungsfunktion der für Shanghai bereitgestellten Truppen wird in Abschnitt VI ausdrücklich betont und außerdem unterstrichen, daß hoffentlich dieses Verteidigungskorps niemals in die Lage versetzt werden müsse, in Shanghai zu landen.

Außer dieser einen Seite der englischen Politik — der defensiven —, sei weiterhin die andere Tatsache zu beachten, daß England sich in seiner Deklaration vom 18. Dezember bereit erklärt habe, mit China über eine Revision der bestehenden Verträge zu verhandeln, sobald eine hinreichend legitimierte chinesische Staatsgewalt bestehe. Für die Zwischenzeit sei überdies versucht worden, eine reale Vermittlungspolitik im Rahmen der gegebenen Vertragszustände zu betreiben. Die für letztere Aktion notwendigen Vorschläge seien unterm 27. Januar der chinesischen Nord- und Südregierung zugestellt worden. Augenscheinlich sei aber der Erfolg dieser Aktion durch eine offiziell gegen England gerichtete Propaganda (gemeint ist wohl Rußland) unterbunden worden.

Der letzte Abschnitt zieht den Schluß, daß die englische Politik offensichtlich den Geist der Washingtoner Bindung atme — und bittet die beteiligten Regierungen um entsprechende Stellungnahme. Ferner wird ausgesprochen, daß momentan eine Unterstützung des Völkerbundes nicht notwendig sei — daß aber diese Hilfe in Anspruch genommen würde, sobald sich die entsprechende Notwendigkeit herausstelle.

*

Vorstehende Note deckt, wie man aus der Vorsichtigkeit aller Wendungen entnehmen darf, den Rückzug der englischen Regierung aus der stark verhetzten Atmosphäre in die friedlichere Region des Angebotes vom 27. Januar. Die Verhandlungswilligkeit Chamberlains darf nach diesem Dokument kaum bezweifelt werden, da die Rückkonzentrierung der Streitkräfte auf Hongkong als offener Beweis gewertet werden muß. Die Information des Völkerbundes und seiner Mitglieder wird hier im ganzen recht anerkennend besprochen und zugleich als „Fühlungnahme für evtl. Gebrauch" eingeschätzt. Daß die Notwendigkeit einer Völkerbundsintervention zunächst verneint wird, scheint auch für das Vorhandensein hinreichender Lösungsmöglichkeiten zu sprechen. Wenn andere Mitgliedsstaaten skeptischer gesonnen sind, bleibt ihnen jetzt die Gelegenheit, zu dem Memorandum Chamberlains die von ihnen für erforderlich gehaltenen Randglossen zu machen.

Besprechungen im Wohlfahrtsministerium.

tu. **Berlin**, 12. Febr. Vertreter der Wirtschaftsverbände und des Bundes Deutscher Mietervereine E. V. (gegründet 1900) hatten mit den Sachreferenten des Volkswohlfahrtsministeriums eine längere Besprechung über die Auswirkungen der Kündigungsfreiheit für Arbeits- und Geschäftsraummieter. Die Vertreter legten erneut dar, daß die Kündigungsfreiheit infolge untragbarer Mietzinsforderungen und zahlloser Existenzvernichtungen zu den größten Störungen und Schädigungen des Wirtschaftslebens führe. Den von privater Seite eingerichteten Siedstellen könne schon deswegen keine Bedeutung beigemessen werden, weil die Gutachten dieser Stellen keinerlei rechtsverbindliche Wirkung haben. Der Staatsregierung wurde im Auftrage dieser Verbände eine besondere Denkschrift überreicht, in welcher unter eingehender Beweisführung die Aufhebung der unter Vorbehalt des Widerrufs erlassenen Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. 11. 26 gefordert wird. Gleichzeitig wurden der Staatsregierung Originalunterlagen über weitere ca. 1700 Uebergriffe von Hausbesitzern aus allen Teilen Preußens übergeben.

Der Bund Deutscher Mietervereine hat der Staatsregierung und den Fraktionen des Landtages eine Denkschrift überreicht, in der neues schwerwiegendes Material zusammengetragen ist. In der Denkschrift heißt es, daß in Berlin eine Anzahl Warenhäuser und Konzerne mehr als hundert Häuser in eine Hand gebracht und von den Mietern den vier- bis fünffachen Betrag der

Friedensmiete verlangten. Es wird darauf hingewiesen, daß das von den Mietervereinen über gebene Material Uebergriffe von Einzelpersonen, Grundstücksgesellschaften, inländischen, aber besonders ausländischen Hausbesitzern umfasse. Der Appell des Wohlfahrtsministers an die Moral der Hausbesitzer habe restlos versagt. Die Denkschrift ist unterzeichnet von der Juwelierinnung Berlin, der Vereinigung der Modellindustrie Berlin, der Installateur-Zwangsinnung Berlin, dem Reichsverband des Deutschen Korbmachergewerbes, der Haarformerinnung Berlin, Tischlerinnung Berlin, Deutscher Photohändler-Verband, Verein der Althändler Deutschlands, Reichsverband der Schokoladengeschäftsinhaber, Verband der Wollhändler Deutschlands, Verband Deutscher Tuchgroßversender, Verband der Beleuchtungsgeschäfte Deutschlands, dem Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer, dem Deutschen Zigarrenhändlerbund, der Vereinigung Berliner Optiker u. a. m.

Einigungstagung der Reichssteuerbeamten.

Finanzminister Köhler über seine nächsten Aufgaben.

Am Sonntag fand im überfüllten Plenarsaal des Preußischen Landstages in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Köhler die Einigungstagung der Reichssteuerbeamten statt, in der die Verschmelzung der deutschen Finanzbeamten-Gewerkschaft und des Bundes oberer Reichssteuerbeamter mit dem Bunde Deutscher Reichssteuerbeamten zu einem einheitlichen „Bunde Deutscher Reichssteuerbeamten" vollzogen wurde.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler kam in seiner Begrüßungsrede auch auf Finanz- und Steuerfragen zu sprechen. So wie in den letzten Jahren könne es nicht weiter gehen. Unsere Finanzämter ständen vor dem Zusammenbruch. Der Minister kündigte entsprechende Maßnahmen schon für die nächsten Tage an. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß endlich einmal die Steuerveranlagung und -Erhebung die notwendige Ordnung erhalte. Manches unserer Gesetze sei jetzt derartig spezialisiert, daß es nicht mehr richtig durchgeführt werde könne. Hoffentlich würden schon die nächsten Wochen eine fühlbare Entlastung der Finanzämter bringen.

Die Tagung des Demokratischen Parteivorstandes.

tu. **Berlin,** 13. Febr. Der Vorstand der Demokratischen Partei trat am Samstag nachmittag im Reichstag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. In der Aussprache wurde von allen Rednern die Genugtuung über das Verhalten der Demokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Regierungskrise zum Ausdruck gegeben und das Vorgehen der Reichstagsfraktion einstimmig gebilligt. Die Aussprache beschäftigte sich ferner insbesondere mit kulturpolitischen Fragen, sowie mit dem Problem des Einheitsstaates; auch organisatorische Fragen wurden eingehend behandelt. Der Parteivorstand beschloß, den diesjährigen, in der Zeit vom 21. bis 24. April stattfindenden Parteitag in Hamburg abzuhalten. — In der Sonnabendsitzung des Vorstandes der Demokratischen Partei erstattete, wie das „Berliner Tageblatt" ergänzend berichtet, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Koch, u. a. einen Bericht über die politische Entwicklung der letzten Wochen. Abg. Koch wies darauf hin, daß die Politik in der Koalition der Mitte für die demokratische Reichstagsfraktion überaus schwer und entsagungsvoll gewesen wäre. Große Enttäuschung sei auch über die Haltung der sozialdemokratischen Partei und ihre Verantwortungsscheu entstanden. Die Demokraten ständen auf dem Standpuikt, daß die Deutschnationalen für eine Teilnahme an einer republikanischen Regierung nicht reif seien. Was die künftige Oppositionspolitik der Demokraten angehe, so seien diese durch nichts gebunden als durch ihr eigenes Verantwortungsgefühl, das allerdings größer sein würde, als es bei der deutschnationalen Opposition der Fall gewesen sei. Koch betonte weiter, die innere Zerrissenheit der jetzigen Regierungskoalition und verwies auf Gefahren, die in schulpolitischer Hinsicht drohten. Hinsichtlich der Finanzen müßten die Demokraten eine großzügige Politik auf weite Sicht treiben. U. a. könne das Reich auf die Dauer nicht ein Budget von 12 Milliarden Mark jährlich tragen. Wie die „Vossische Zeitung" zu berichten weiß, wurde in der Sitzung festgestellt, daß der Fall Koudell noch nicht erledigt sei.

Kunst und Wissenschaft in Preußen.

Berlin, 12. Febr. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beriet am Samstag den letzten Abschnitt zum Kultushaushalt: Kunst und Wissenschaft. Berichterstatter Abg. Dr. Schwering (Zentr.) wies darauf hin, daß der Betrag von 27 Millionen für Kunst und Wissenschaft im Vergleich zu einem Gesamtetat von 3,3 Milliarden sehr bescheiden sei. Auch Abg. Frau Lehmann (DN.) bedauert, daß der preußische Staat für die Kunst verhältnismäßig geringe Mittel aufwende. Rednerin wendet sich gegen die Aufführungen der Schillerschen Räuber und des Hamlet in modernem Kostüm. Abg. Waentig (Soz.) regt ein Theatermuseum an; über moderne Ausstattung könne man verschiedener Meinung sein. Abg. Dr. Schwering (Zentr.) fordert Unterstützung des Bühnenvolksbundes. Abg. Buchhorn (DVP.) erneuerte seinen Antrag vom vorigen Jahr, Mittel für die Unterstützung der deutschen Schriftsteller auszuwerfen und forderte größere finanzielle Unterstützung der staatlichen Naturdenkmalpflege. Abg. Schwenk-Berlin (Komm.) kritisiert das Vorgehen gegen den Potemkinfilm, begrüßt den Gedanken eines Theatermuseums. Die Sozialversicherung der Künstler müsse gesichert werden. Abg. Dr. Klant (WP.) wandte sich gegen die starke Konkurrenz, die Berufsmusiker durch Kapellen der Reichswehr und der unteren Beamtenschaft erführen. Er forderte weiter Unterstützung des Kunsthandels.

Kultusminister Becker stellte fest, daß die Neubauten auf der Museumsinsel im Jahre 1927 vor allem hinsichtlich des Pergamonsaales ihrer Vollendung entgegengehen. Von einer endgültigen Vollendung des großen Museumswerkes an der Spree könne jedoch erst 1930 die Rede sein. Zur Theaterpolitik übergehend erklärte der Minister, daß er den Intendanten keine Vorschriften machen werde. Die Kritik an Jeßner dürfe nicht vergessen, welche Verdienste sich gerade dieser Intendant um die moderne Theaterkunst erworben habe. Von Seiten des Finanzministeriums würden die Gerüchte zurückgewiesen, nach denen durch den Opernumbau Universitätsaula und Hedwigskirche beschädigt worden seien. Die Gesamtkosten des Opernumbaues würden sich auf 8,3 Millionen Mark belaufen. Ein neues Opernhaus hätte dagegen mindestens 15 Millionen Mark verschlungen.

Deutsches Reich.

Der König von Schweden in Berlin.

w **Berlin,** 13. Febr. (Tel.) König Gustav von Schweden ist heute früh aus Stockholm in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich auf dem Stettiner Bahnhof der Chef des Protokolls Gesandter Dr. Köster und der schwedische Gesandte of Winsen mit allen Mitgliedern der Gesandtschaft eingefunden. Der König, der in der schwedischen Gesandtschaft Wohnung nahm, empfing am Abend den Besuch des Herrn Reichspräsidenten, der auf Einladung des Königs an einem Essen im kleinen Kreise teilnahm. Um 8¼ Uhr ist der König mit dem fahrplan-

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

tu **Paris,** 12. Febr. Von zuständiger französischer Seite wird heute abend folgendes Communiqué verbreitet: „Nach dem Besuch des deutschen Botschafters von Hoesch bei Außenminister Briand ist nunmehr der deutsche Botschafter mit dem Handelsminister Bokanowski in Verhandlungen getreten, die zum Abschuß eines zukünftigen Zollabkommens zwischen Deutschland und Frankreich führen sollen, nachdem das gegenwärtige provisorische Handelsabkommen am 21. Febr. abläuft."

Der Dank des Reichswehrministers an die Heeres- und Marinefriedenskommissionen.

Berlin, 12. Febr. Anläßlich der Einstellung der Tätigkeit der Heeres- und Marinefriedenskommission hat der Reichswehrminister Dr. Geßler folgenden Erlaß bekannt gegeben: „Am 31. Januar 1927 hat die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission den deutschen Boden verlassen. Mit dem gleichen Tage stellen auch die Heeres- und Marinefriedenskommissionen ihre Tätigkeit ein. Ich benutze den Anlaß, um sowohl den Leitern, wie allen Offizieren, Beamten und Angestellten dieser Kommissionen für ihr treues, selbstloses und verdienstvolles Wirken meinen herzlichsten Dank und wärmste Anerkennung zu sagen. Nie wohl wurde bisher in schwerer Zeit entsagungsvollere Arbeit von deutschen Männern gefordert und geleistet. Den Dank hierfür schuldet ihnen die Gesamtheit des deutschen Volkes."

Der Kampf gegen die Mietssteigerungen für Geschäftsräume. Eine Rede des Reichsministers Schiele.

Königsberg, 12. Febr. Bei einer Veranstaltung der deutschnationalen Volkspartei erklärte Reichsernährungsminister Schiele zur Frage der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung, diese habe sich aus der politischen Grundeinstellung der Partei als notwendig erwiesen. Opposition sei nur ein vorübergehendes Mittel. Dauernde Opposition schädige die Interessen der in der Partei vertretenen Volkskreise und das Gesamtwohl. Wolle man die Zeichen der Zeit verstehen, so müsse man das ländliche und bäuerliche Wesen wieder zum Mittelpunkt der gesamten Innenpolitik machen. Bevölkerungspolitisch gesehen bedeute das, wie der Minister unter besonderem Hinweis auf Ostpreußen betonte, eine völlige Umgestaltung des im letzten Jahrhundert von Ost nach West gegangenen Wanderzieles, wie auch des Arbeitszieles, das von den überfüllten und arbeitsschwachen Städten auf das entvölkerte Land gerichtet werden müsse. Das bäuerliche Volkstum sei der sicherste Schutz eines national bedrohten Territoriums. Die gewaltige Nahrungsmitteleinfuhr der letzten Jahre und der Leerlauf der Wirtschaft weisen mit Naturnotwendigkeit auf eine verstärkte agrarische Einstellung unserer Wirtschaftspolitik hin. Die technische Möglichkeit einer wirtschaftlichen Umstellung sei nicht mehr zu bestreiten. Unerläßliche Voraussetzung sei jedoch die Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Interessen der heimischen Landwirtschaft müßten wieder fester in den Rahmen der Gesamtpolitik eingespannt werden. Das sei auch der Weg aus der Wirtschafts- und Arbeitskrise. Darum sei innere Kolonisation das Gebot des nächsten Menschenalters.

Der Krönungstag des Papstes in München.

tu **München,** 13. Febr. (Tel.) In den Räumen der Münchener päpstlichen Nuntiatur fand anläßlich des fünften Krönungstages Pius XI. ein Empfang statt, zu dem mit dem Kardinalerzbischof Dr. Faulhaber der Ministerpräsident Dr. Held sowie fast alle anderen Minister und Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps erschienen waren. Ministerpräsident Dr. Held feierte die Hingabe, Selbstaufopferung, Weisheit und Gerechtigkeit, mit der Pius XI. sein hohes Amt ausübe, und drückte den Wunsch aus, daß dem Papst noch viele Jahre vergönnt sein möchten, mit gleicher Tatkraft die Geschicke der Kirche zu leiten. Der päpstliche Nuntius wies auf die ewige Lebensgemeinschaft zwischen der Münchener Nuntiatur und dem bayerischen Volk hin und verlas ein Telegramm des Kardinal-Papstsekretärs Gasparri, in dem es heißt, daß der Hl. Vater lebhaften freudigen Anteil an der Eröffnung des neuen Sitzes der päpstlichen Vertretung in München nimmt.

Das Urteil im Marschner-Prozeß.

Um Mitternacht wurde das Urteil verkündet. Wegen gemeinschaftlicher Beleidigung wurden Dr. Ruppel zu 3000 Mark, Rechtsanwalt Themal zu 2000 Mark und Gerichtsassessor Dr. Kempner zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus aller Welt.

Neue Intervention Nordamerikas in Nicaragua.

tu **Newyork,** 13. Febr. (Tel.) Washingtoner Meldungen zufolge rechnet man mit einer baldigen Neuintervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua. Man will beide Präsidenten, sowohl Diaz wie Sacasa, zum Rücktritt veranlassen und Neuwahlen ausschreiben lassen. Es ist aber anzunehmen, daß Sacasa nur der Waffengewalt weicht.

Marinesekretär Wilbur erklärte in einer Rede in Newyork, Amerika stehe jetzt nach dem Bürgerkrieg und nach dem Weltkrieg einer dritten Prüfung gegenüber, womit er zweifellos die Ergebnisse in Mittelamerika meint. Der Botschewismus, so führte er weiter aus, strecke seine Fühler nach den südamerikanischen Schwesterrepubliken aus, er schaffe Unruhe in China, in Ostasien und in Nicaragua. Er wünsche daher nichts weniger, als die Aufrechterhaltung einer starken amerikanischen Flotte und Armee, damit Amerika, wenn nötig, den Schwächeren helfen und mit seinen Streitkräften eingreifen könne. Aus diesem Grunde hätten die Vereinigten Staaten auch in Nicaragua Truppen gelandet. Wilbur gab dann seinem Bedauern über den chinesischen Bürgerkrieg Ausdruck, der hoffentlich für China größere Freiheit, Gerechtigkeit und größeren Wohlstand bringen werde.

Zivilluftfahrt und Abrüstung zur Luft.

tu **Brüssel,** 13. Febr. (Tel.) Der Bericht des Untersuchungskomitees für die Abrüstung zur Luft ist nunmehr veröffentlicht worden. Außer den bisher gefaßten Beschlüssen gibt das Komitee einige Empfehlungen besonders hinsichtlich der selbständigen Organisation der zivilen Luftfahrt außerhalb des Bereichs der militärischen Interessen. Die Staaten, so heißt es darin, können nicht Luftlinien unterstützen, die sowohl dem Zivilverkehr wie auch militärischen Zwecken dienen. Es erscheine wünschenswert, zwischen den zivilen Luftverkehrsgesellschaften der verschiedenen Länder wirtschaftliche Ententen anzustreben.

Aus der Stadt.

Münster, 14. Februar.

* **Teurer Unfug.** Durch sein lautlärmendes Verhalten veranlaßte der Tischler C. das Einschreiten eines Nachtschutzbeamten. Diesem schlug er ins Gesicht. Als ein Schutzpolizeibeamter dem bedrängten Nachtschutzmann zur Hilfe eilte und den Namen des Täters feststellen wollte, gab dieser einen falschen an. Nachdem der Beamte eingesehen hatte, daß ihm ein falscher Name genannt war, suchte er den C. nochmals zu fassen, um auf der Wache seinen wirklichen Namen festzustellen. Der Hund des Beamten stellte C. in einer Türnische. Als der Beamte hinzugekommen war, erhielt er einen Schlag mit der Faust an die rechte Schläfe, so daß er einen Augenblick zurücktaumelte. Der Vorfall hatte für den Tischler C. vier verschiedene strafbaren Handlungen mit sich gebracht. Dementsprechend wurden auch vier Strafen gegen ihn verhängt. Wegen Angabe eines falschen Namens gegenüber einem zuständigen Polizeibeamten erhielt er eine Geldstrafe von 10 RM; ersatzweise einen Tag Haft. Gleiche Strafe wurde über ihn wegen Erregung ruhestörenden Lärms verhängt. Wegen Mißhandlung des Nachtschutzmannes verurteilte ihn das Gericht zu weiteren 20 RM., an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle zwei Tage Gefängnis treten und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt schließlich zu 30 RM. bezw. 3 Tagen Gefängnis. Alles in allem kostete C. das Erlebnis nicht weniger als 70 RM., wozu noch die Kosten des Verfahrens kommen, die ihm auch auferlegt wurden.

-+ **Das Opfer eines Taschendiebes.** Der Händler H. aus Ulbersloh, der hier Leinen und ähnliche Sachen verkauft hatte, traf in einer Wirtschaft an der Kreuzstraße mit einem gewissen M. zusammen, einen aus guter Familie stammenden Menschen, Ende der zwanziger Jahre, der sich schon einmal vor dem hiesigen Gerichte zu verantworten hatte, weil er jemandem in einer Wirtschaft die Brieftasche mit 15 Mark gestohlen haben sollte, wegen Mangels an Beweisen aber freigesprochen wurde. Für diesen bezahlte H. nun die Zeche und verriet ihm dabei, daß er in seiner Brieftasche 450 Mark habe. Dann möge er nur ja darauf achten, daß sie ihm nicht gestohlen werde, meinte M. dem H. gegenüber. Als M. einmal die Wirtsstube verließ und längere Zeit fortblieb, bemerkte H. plötzlich zu seinem Schrecken, daß seine Brieftasche verschwunden war. M. wurde revidiert, so gründlich sogar, daß man ihm auch das Holzbein abschnallte und auf versteckles Geld untersuchte, vergeblich. Schließlich wurde er von der Schutzpolizei festgenommen. Am andern Morgen fand man die entleerte Tasche in der Abortgrube. Das Geld blieb verschwunden — bis die Polizei auf den Gedanken kam, das Überzieherfutter loszutrennen. Und da entdeckte man, daß am unteren Rande zwischen Stoff und Futter die Geldscheine glatt hingelegt waren. M. hatte durch ein kleines Loch in Brusthöhe die Scheine dahin sein säuberlich untergebracht. Gefunden wurden allerdings nur 130 Mark. M. behauptet, daß nicht mehr in der Tasche gewesen sei. Der Händler bleibt jedoch bei seiner Behauptung. M., der übrigens seine Familie vollständig vernachlässigt, wurde in Haft behalten.

© **Wieder eingefangen.** Dem 22jährigen Strafgefangenen Brinkmann, der wegen Diebstahls noch vier Monate Gefängnis zu verbüßen hatte, wär es gelungen, aus einem Arbeitskommando in Ostfriesland zu entwischen. Er wandte sich wieder nach Münster und verübte auf dem Wege dahin wieder eine Reihe von Diebstählen, u. a. stahl er in Borghorst 100 Mark. Es gelang der Polizei, ihn festzusetzen.

-+- **Ein sonderbarer Fahrraddieb.** Innerhalb vier Wochen hat die Polizei auf der Geist fünf herrenlose Fahrräder gefunden, jetzt wieder ein Damenrad, Marke „Silva", mit orangefarbenen Griffen und Karbidlampe. Es scheint, daß der Dieb die seltsame Passion hat, sich abends irgendwo ein Rad zu stehlen, um es zur Heimfahrt zu benutzen und dann fortzuwerfen, um nicht ertappt zu werden.

w **Altbackenes Brot darf nicht wieder verwendet werden.** Ein Bäckermeister hatte seine vom Tage vorher übrig gebliebenen Brötchen wieder eingeweicht und den so entstandenen Teich mit frischem Teich vermischt und neues Brot darauf gebacken. Einer seiner entlassenen Gesellen hatte diese Methode zur Anzeige gebracht. Der Bäckermeister war vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil ihm die Unzulässigkeit nicht bekannt war. Der Staatsanwalt hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Auch die Große Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt des Vorrichters und sprach den Angeklagten frei, zumal durch die Verteidigung des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Hallermann, bewiesen wurde, daß man auch an maßgebenden Stellen sich nicht einig ist, ob die Methode des Angeklagten zulässig ist oder nicht. Auch in weiten Kreisen der hiesigen Bäckermeister und Konditoreien vertritt man die Auffassung, daß altbackenes Brot verbacken werden darf. Es sei deshalb noch einmal festgestellt, daß nur in diesem Falle eine Freisprechung aus der Unwissenheit des Angeklagten als gegeben erachtet wurde.

© **Rohe Burschen.** Am Abend des 17. Oktober 1926 kehrte eine Schar junger Leute von der Warendorfer Kirmes nach Telgte und Münster zurück. Sie benutzten gemeinsam den Abendzug. Den abfahrenden Zug erreichte der 20jährige Bäcker Franz M. aus Münster noch mit knapper Not. Als er nun in dem stark besetzten Abteil nach einem Platz suchte, geriet er mit zwei anderen jungen Leuten in Streit. M. bat den ihm damals unbekannten Me., der an der Bangleite auf der Bank saß, ihn vorbei zu lassen. Ganz unvermittelt habe ihn Me. mit seinem Handstock vor die Brust geschlagen. Als er ihn dann zur Rede gestellt habe, sei Me. über ihn hergefallen, habe ihn an den Hals gefaßt und so heftig an die Erde geworfen, daß sich eine Kniescheibe ausrenkte. Einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß kein Schaden entstanden ist. Als er nun am Boden gelegen habe, habe sich ein zweiter junger Mann eingemischt, der ihm vor die Brust trat. Mit Bestimmtheit erkenne er in diesem den Bäckergesellen Hubert Sch. wieder. Vor dem Schöffengericht in Münster verteidigten sich der Arbeiter Georg M. und der 17jährige Sch. damit, daß sie vollständig betrunken von der Warendorfer Kirmes gekommen seien und sich eines solchen Vorfalles nicht entsännen. Es müsse sich wohl um eine Personenverwechselung handeln. Auf Grund der bestimmten Zeugenaussagen hielt das Gericht die Angeklagten der gefährlichen Körperverletzung für überführt und verurteilte Me. zu drei Monaten und den noch sehr jungen Sch. zu einem Monat Gefängnis. Der letzte Angeklagte nahm das Urteil an und erhielt Strafaussetzung.

Die Frage der Technischen Fakultät.

Aus der Sitzung des Westf. Provinzial-Ausschusses.

wp **Münster,** 12. Februar.

Der Westfälische Provinzial-Ausschuß trat am heutigen Samstag, nachmittags 3 Uhr im Landeshause zu Münster unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff (Dortmund) zu einer Sitzung zusammen.

Auf der 15 Punkte umfassenden Tagesordnung stand u. a. ein Schreiben des Unterrichtsministers betr. Einrichtung einer technischen Fakultät für Maschinenbau, Hüttenkunde und Kohlenchemie an der Universität Münster und Bereitstellung von Mitteln hierfür. Mit Rücksicht auf die Überfüllung der technischen Hochschulen und zur Vermeidung von Massenbetrieb müsse durch Angliederung technischer Vorlesungen an Universitäten Entlastung geschaffen werden. Um die Einrichtung einer Abteilung für Maschinenbau, Hüttenkunde und Kohlenchemie an einer deutschen Universität haben sich Münster, Köln, Frankfurt, Halle und die Technische Hochschule in Aachen beworben. Münster habe, wie mitgeteilt wurde, viel Aussicht auf Berücksichtigung seiner Bewerbung. Zwar habe noch ein Wettbewerb zwischen Münster und Dortmund geschwebt, doch wolle Dortmund jetzt endgültig davon absehen und solle dafür ein Forschungsinstitut für Arbeitsphysiologie erhalten. Um der Nachfrage des Ministers nach Bereitstellung von Mitteln zu entsprechen, habe Münster sich bereit erklärt, 1½ Millionen Mark für die Einrichtung des Gebäudes und ein größeres Gelände dafür zur Verfügung zu stellen. Aller Voraussicht nach wird sich die Provinz mit 1 Million beteiligen, und interessierte Industriekreise werden wahrscheinlich eine halbe Million bereitstellen, so daß insgesamt 3 Millionen Mark zur Einrichtung der technischen Fakultät an der Universität Münster zur Verfügung stehen werden.

Des weiteren befaßte sich der Provinzial-Ausschuß mit der Frage der Angliederung von Horst-Emscher nach Buer oder Gladbeck. Es wurde aus Mitgliedern des Provinzial-Ausschusses eine Kommission gebildet, die unter Anhörung der Leiter der drei genannten Gemeinwesen diese Frage eingehend nachprüfen soll.

Auch mit der Überwachung des Rundfunks beschäftigte sich der Provinzial-Ausschuß und sprach sich einhellig dafür aus, daß Münster unbedingt den Sender behalten, vor allen Dingen aber Selbständigkeit und hinreichenden Einfluß auf die Programmgestaltung zugesichert erhalten müsse.

Mit Rücksicht auf verschiedene wichtige Sitzungen, die in der Woche nach dem 20. März (der bekanntlich für die Einberufung des Westfälischen Provinziallandtages in Aussicht genommen war) in Berlin stattfinden — u. a. Sitzung des Staatsrates — beschloß der Provinzial-Ausschuß den 72. Westfälischen Provinziallandtag acht Tage früher, also bereits am 13. März, einzuberufen.

Es mag noch erwähnt sein, daß der Ruhrsiedlungsverband am 18. März zu einer Sitzung zusammentritt.

Was sagt Pestalozzi unserer Zeit.

Von Geheimrat Dr. Widmann.

Als der Minister für Unterricht usw. für den 17. Februar eine Pestalozzifeier anordnete, fand dieser Erlaß geteilte Aufnahme. Wir Schulmänner und unter uns vor allem die Amtsgenossen, die an der Volksschule tätig sind, kennen die Verdienste des edeln Schweizer Menschen-, Volks- und Jugendfreundes um die Erziehung und den Unterricht und würdigen es, daß man bei der hundertsten Wiederkehr seines Todestages seiner gedenkt. Ob darum Ausfall des Schulunterrichts an diesem Tage notwendig ist, wird von mancher Seite bezweifelt, hauptsächlich von denen, die Pestalozzi aufs eindringlichste immer und immer wieder an ihre Erziehungspflicht mahnte und darüber unterwies, von den Eltern. Nur wenige von ihnen haben in seinen Schriften gelesen, mögen sie auch davon gehört haben; viele wissen gar nichts von ihm, der sein Leben, seine Kraft, sein und seiner braven Gattin ganzes Vermögen der Erziehung und Bildung der Kinder vornehmlich des ärmeren Volkes widmete. Was der ganz selbstlose Mann getan hat, faßt kurz zusammen seine Grabschrift: „Hier ruht Heinrich P., geb. in Zürich am 12. Jän. 1746, gest. in Brugg am 17. Hornung 1827. Retter der Armen im Neuhof, Prediger des Volkes in Lienhard und Gertrud, in Stanz Vater der Waisen, zu Burgdorf und Münchenbuchsee Gründer der neuen Volksschule, in Iferten Erzieher der Menschheit. Mensch, Christ, Bürger; alles für andre, für sich nichts, Segen seinem Namen!"

Seine, die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts stark den Volksschulunterricht beeinflußenden methodischen Ansichten, haben heute nur zum Teil noch Geltung. Der Geist, dem sie entsprangen, die Liebe zum Volke und seinen Kindern, zum Menschen muß in der Gegenwart und in der Zukunft die Erzieher durchdringen. Obgleich er nicht fest auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stand, sah er doch als „Mittelpunkt der Erziehung" an, die Bildung des Herzens durch „die religiös-sittliche Erziehung". In einer seiner letzten Schriften, betitelt „An die Unschuld, den Ernst und den Edelmut meines Zeitalters und meines Vaterlandes" (1815 gedruckt, 1814 verfaßt) ruft er allen Völkern zu: „Es ist für den sittlich, geistig und bürgerlich gesunkenen Weltteil keine Rettung möglich, als durch die Erziehung, als durch die Bildung zur Menschlichkeit, als durch die Menschenbildung."

Diese muß — das verlangt er aufs entschiedenste — ausgehen von der Familie, die er als den „heiligen Kreis der naturgemäßen Entfaltung und der dadurch zu bezweckenden Veredlung" bezeichnet. Die Seele dieses Kreises ist die wahre, ihre Pflicht erkennende und erfüllende Mutter. Sie ist die Quelle der Liebe für das Kind. Denn „es liebt alles, was die Mutter liebt, nicht nur Menschen, es liebt auch das Hündchen seiner Mutter, es liebt ihre Katze, es liebt das Kaninchen, es liebt den Vogel, es liebt alles Lebendige, das auf irgend eine Art Anmut an sich trägt. Es sucht allem wohl zu tun, was es liebt... Seine Liebe ist teilnehmend, es sucht mit seiner Liebe wohltuen, zu erfreuen und zu erquicken. Das häusliche Leben ist das heilige Mittel, diese Teilnahme zur Menschlichkeit zu erheben". Dies legt der Anwalt der Menschenliebe in den guten Folgen für das sittliche Empfinden und Handeln, für die Gewöhnung an Selbstüberwindung, Gehorsam, Tätigkeit und für die religiöse Erziehung dar. Aus der Liebe erwächst der Glauben. „Das Kind glaubt, glaubt gern, zunächst an seine Umgebung, nicht nur an die sichtbaren, es glaubt auch an die unsichtbaren Gegenstände, die seine Mutter im Glauben umfaßt." „Es glaubt an den Gott seiner Mutter und faltet seine Hände in Andacht vor seiner Allgegenwart, wie seine Mutter dieselbigen in Andacht vor seiner Allgegenwartet faltet." Sein Glaube wächst mit der Sittlichkeit durch das Wachstum seiner Erkenntnis an der Seite der Mutter.

Der pflichtgetreuen, guten Mutter wird das „Zeitweib" entgegengestellt, das aus dem „Zivilisationsverderben" entstandene und darin versunkene Weib, das vielleicht ihrem Kinde Mutter sein will, es aber nicht sein kann. „Sie weiß nicht, was Mutterforge, Mutterkraft, Muttertreu ist." „Ihre Sorge, ihre Kraft und ihre Treue ist für das Spiel der Welt angesprochen, von dem sie um ihres Kindes willen keinen Augenblick eine Karte aus der Hand legt." „Trügende Scheingenießungen eines eiteln verderblichen Tandes lenken sie immer mehr von den Realgenießungen ihres Mutterssinnes ab... Eine kulturlose, nur von der Sinnlichkeit ausgehende, aber auch mit großer Sinnlichkeitskraft eingeübte künstliche Lebensgewandtheit, wie sie es in Jahrhunderten nicht war, überwältigt" die Mehrheit der Zeitmütter, die vergebens außer sich, bei der Welt Hülfe suchen. Mit Entsetzen sieht der „Freund der Menschheit" das „tiefe Einreißen des Zivilisationsverderbens". Selbstsüchtige Mütter stellt er gleich jener „russischen Mutter, die von den Wölfen verfolgt, ihren Säugling von der Brust riß, und ihn, um ihr Leben zu retten, diesen Tieren darwarf". Auf derselben Stufe stehen ihm alle, die das Heiligtum des häuslichen Lebens verunstalten und schädigen durch die „einseitige Entfaltung und öffentlichen Belebung der tierischen Anlagen unsers Geschlechts im gesellschaftlichen Zustand". „Der Wohnstubenraub, dessen sich das Zivilisationsverderben unsrer Zeit schuldig gemacht, muß wieder erstattet, das häusliche Leben muß wieder in seiner Reinheit, in seiner Kraft, in seinem Recht anerkannt, das Weib der Zeit muß wieder in allen Ständen der Natur und dem Gefühl seiner Bestimmung näher gebracht werden." Die Erziehung des Herzens, wie sie die Familie, die Mutter, geben soll, steht höher als die Bildung des Geistes. Beides soll dem ganzen Volke zu teil werden. Die Erziehungskunst muß „elementarisiert und auf dieser Bahn zu einer wissenschaftlichen Kunst erhoben werden, die Grundsätze der Armenversorgung auf die Grundsätze der Menschenbildung zurückgeführt und zu den Grundsätzen der Menschenversorgung erhoben werden".

Mit dieser sozialen Fürsorge verbindet der Schweizer Pädagoge ein glühendes Nationalgefühl für sein geliebtes Vaterland, zugleich für ganz Deutschland und dennoch Liebe zu allen Völkern Europas. Allen ruft er in ergreifenden Worten zu: „Laßt uns Menschen werden", haltet fest „das Heiligste, Höchste, das dem Menschen gegeben ist zur Erhaltung des Göttlichen in seiner Natur, die Religion", entheiligt nicht den Sonntag, haltet „Eintracht".

Wenn Rousseaus Wort „Zurück zur Natur!" zum Schlagwort einer ganzen Epoche ward, für die Gegenwart werde Pestalozzis Ruf ein Leit- und Mahnwort: „Zurück zur Familie!"

[Akademische Nachrichten.] Der Assistent an der Meisterschule für Baukunst an der Akademie der bildenden Künste in Wien, Architekt Dr. techn. Ernst Egli, wurde von der türkischen Regierung als Chefarchitekt und sachmännischer Berater des Unterrichtsministeriums nach Angora berufen, zugleich betraut u. a. mit der Aufgabe als Professor der Kunstschule in Konstantinopel die Abteilung für Architektur zu reformieren. — Ernannt wurde der Direktor des Predigerseminars in Wittenberg D. Waldemar Macholz vom 1. April 1927 ab zum ordentlichen Professor der praktischen Theologie an der Universität Jena als Nachfolger von Geheimrat W. Thümmel. — Der Privatdozent für Tropenpathologie an der Hamburgischen Universität und Assistent am dortigen Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Dr. med. Reinhard Höppli ist zum Dozenten an der Universität Amoy (China), berufen worden. Dr. Höppli hat den Ruf angenommen. — Wie uns gemeldet wird, ist das durch das Ableben des Professors Dr. Ramann an der Universität München erledigte Ordinariat für Agrikulturchemie und Bodenkunde dem außerordentlichen Professor Dr. rer. nat. Richard Lang an der Universität Halle angeboten worden. — Als Privatdozent für Kinderheilkunde wurde an der Bonner Universität Dr. med. Josef Becker, Oberarzt an der Kinderklinik zugelassen.

[Anekdoten um Mark Twain.] Mark Twain, so erzählt die „Literarische Welt", kommt eines Tages zu einem Newyorker Buchhändler, um ein Buch zu kaufen, das vier Dollar kostet. „Vier Dollar", sagt er, „ist der Preis für das gewöhnliche Publikum, aber ich bin Journalist und habe Recht auf Ermäßigung". „Natürlich," sagt der Buchhändler. „Als Autor mehrerer Bücher bekomme ich sicher noch einen besonderen Rabatt". — „Selbstverständlich". — „Ferner bin ich, wenn Sie es noch nicht wissen sollten, Aktionär Ihres Verlages, und ich fordere meine Prozente." — „Sie sind Ihnen gewährt." — „Und wenn ich Ihnen meinen Namen sage, geben Sie mir bestimmt noch einen besonderen Rabatt: ich bin Mark Twain". „Mit Vergnügen, Herr Twain". — „Also, wieviel schulde ich Ihnen für dieses Buch?" — „Gar nichts, Herr Mark Twain", antwortete der Buchhändler im entferntesten Ton der Welt, „im Gegenteil, ich schulde Ihnen einen Dollar. Hier, bitte schön!" — Mark Twain brach in ein herzliches Lachen aus und zahlte die vier Dollars.

[Eine Weltlagerstättenkarte.] Auf dem im letzten Jahr zu Madrid abgehaltenen Geologischen Weltkongreß wurden die Originale einer Karte gezeigt, die in mehrjähriger Arbeit von einer größeren Anzahl deutscher Fachgelehrter festgestellt worden ist. Es handelt sich um eine Weltlagerstättenkarte, die in acht Einzelblättern zusammen mit einem tabellarischen Erläuterungsbericht einen Ueberblick über die nutzbaren Mineralvorkommen nach ihrem Stoff, ihrer Form und Entstehung, dem geologischen Alter des Nebengesteins und vor allem der wirtschaftlichen Bedeutung vermittelt. Die Karte wird jetzt von der Preußischen Geologischen Landesanstalt herausgegeben und erscheint demnächst bei Dietrich Reimer in Berlin. Ihre Bedeutung ist um so größer, als die Jahre seit dem Kriege Hand in Hand mit der ungeheuer gewachsenen weltwirtschaftlichen Bedeutung der Erzeugung, des Handels und Verbrauchs der mineralischen Rohstoffe gewaltige Fortschritte ihrer Erforschung und Nutzbarmachung in den noch nicht voll erschlossenen Ländern und erhebliche Verschiebungen der wechselseitigen Wichtigkeit der einzelnen Lagerstättenbezirke gebracht haben.

[Ein Jahrbuch der Einbandkunst.] Der Kustos an der Staatlichen Kunstbibliothek zu Berlin, Prof. Hans Loubier, und der Redakteur des Archivs für Buchbinderei, Dr. Erhard Klette, geben im Verlag für Einbandkunst in Leipzig ein „Jahrbuch der Einbandkunst" heraus. Im ersten Teil legen Vertreter der Forschung wie Konrad Haebler-Dresden, Max Joseph Husung-Berlin, Ferd. Eichler-Graz, Hildegard Zimmermann-Braunschweig neue Ergebnisse zur Entwicklungsgeschichte des alten Bucheinbandes vor, während im 2. Teil der künstlerische Einband in den verschiedenen europäischen Ländern nach seinem gegenwärtigen Stand durch einheimische Kenner dargestellt wird. Der folgende Jahrgang soll sich mehr mit der Kunst einzelner hervorragender Meister befassen.

Westfälische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

wp **Münster**, 12. Februar.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters **Eichhoff** (Dortmund) tagte heute vormittag im großen Sitzungssaale des Landeshauses die ordentliche Genossenschaftsversammlung der Westfälischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, zu der Vertreter aus der ganzen Provinz erschienen waren.

Aus dem **Geschäftsbericht für 1925**, den Landesrat Dr. **Stahl** erstattete, sei folgendes mitgeteilt: Der Aufgabenkreis der Berufsgenossenschaft auf dem Gebiete der Unfallverhütung, der ersten Hilfe und des Heilverfahrens ist durch das neue Gesetz wesentlich erweitert, die Lastenverteilung zwischen Unfall- und Krankenversicherung zugunsten der Krankenkassen wesentlich verschoben, neue Verpflichtungen zur Berufsfürsorge sind geschaffen, der Versicherungsschutz ist allgemein auf den Weg nach und von der Arbeitsstätte sowie auf die Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgerätes ausgedehnt, und in weitgehendem Maße sind die Geldleistungen erhöht worden durch Einführung von Kinderzulagen zu den Renten der Schwerverletzten und Auffüllung der Bezüge der Hinterbliebenen. Infolge dieser Neuordnung der Verhältnisse ist die Gesamtsumme der Entschädigungen gegen das Vorjahr außerordentlich gewachsen. Betrug sie im Jahre 1924 noch rund 900 000 Mark, so stieg sie 1925 auf 1 447 000 Mark, also um 60 Prozent. Auf die Heilfürsorge entfallen hiervon 113 000 Mark, während der Rest als Entschädigungen gezahlt wurde. Bedenkt man aber, daß erst am 1. Juli 1925 ein Teil des Gesetzes in Kraft getreten ist und der Rest des Gesetzes am 1. Januar 1926 Geltung bekam, wird es klar erscheinen, daß im Jahre 1926 die Entschädigungen besonders gestiegen sein werden. Im Berichtsjahre (1925) stieg die Zahl der Unfälle ebenfalls sehr wesentlich, nämlich um 38,7 Prozent. Naturgemäß sind gegen das Vorjahr auch die Verwaltungskosten ebenfalls erheblich gestiegen. Sie betrugen 12,14 Prozent der gesamten Ausgabe. Aber trotz dieser Steigerung ist es der Berufsgenossenschaft immer noch möglich gewesen, mit ihren Verwaltungskosten unter denen des letzten Jahres vor dem Kriege zu bleiben. Dies aber ist wieder als eine Folge der Umgestaltung des Verwaltungsapparates der Berufsgenossenschaft anzusehen, der früher nach Kreisen, seit einigen Jahren aber zentral vom Genossenschaftsbüro in Münster aus geleitet wird. Hierdurch wurde die Möglichkeit gegeben, alle vorbeugenden Maßnahmen, wie Unfallverhütung und Heilerfolge, durch geschultes Beamtenpersonal wirksam zu gestalten und damit die Ausgaben einzuschränken. Der Geschäftsbericht wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Die Jahresrechnung für 1924 schließt mit einem Gesamtbetrage von 1 564 577 Mark, die für 1925 mit 2 155 530 Mark ab. 1924 betrugen die Mitgliederbeiträge 1 680 000 Mark, 1925 waren sie auf 1 980 000 Mark gestiegen. Die Rechnung für 1925 schließt mit einem Fehlbetrage von 152 000 Mark ab. Die Versammlung genehmigte die Rechnungen und sprach Entlastung des Rechnungsführers aus.

Der **Haushaltsplan für 1927** wurde auf 1 422 000 (1926: 1 181 083) Mark festgesetzt. Hiervon entfallen auf die Verwaltung 297 900 (273 884) Mark, auf die Unfallverhütung 46 100 (46 069) Mark, auf Verfahrenskosten und Rechtsgang 60 000 (54 193) Mark und auf Entschädigungen 1 000 000 (790 890) Mk. Bezüglich der letzteren sei bemerkt, daß dies nur die einmaligen Entschädigungen sind, die unmittelbar aus der Genossenschaftskasse gezahlt werden. Der größere Teil der Entschädigungen, nämlich die laufenden Renten usw., werden, ohne durch den Haushaltsplan zu laufen, durch Vermittlung der Post gezahlt. Für das Jahr 1927 werden die gesamten Entschädigungen auf 2 275 000 Mark veranschlagt.

In einem längeren Vortrage legte Landesrat Dr. **Stahl** die Notwendigkeit eines weiteren Nachtrags zur **Satzung** dar. Bisher waren die Entschädigungen zur Hälfte von den Kreisen aufzubringen. Hieraus ergab sich aber, daß die Genossenschaftsmitglieder in den einzelnen Kreisen außerordentlich verschieden belastet wurden. So ergab sich beispielsweise, daß im vorigen Jahre der eine Kreis vier- bis fünfmal höher belastet war als der andere. Der Satzungsnachtrag beseitigt diese verschiedenartige Vorausbelastung und bewirkt, daß künftighin in der ganzen Provinz einheitliche Beiträge erhoben werden. Dieser Satzungsnachtrag wurde einstimmig angenommen.

In einem weiteren Vortrage verbreitete sich Landesrat Dr. **Stahl** über die Einführung eines anderen Maßstabes zur **Verteilung der Unfallbeiträge**. Die bisherige Verteilung richtete sich nach dem in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts festgelegten Grundsteuerreinertrage, der heute keineswegs mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht und daher zu unbilligen Härten führt. Der Referent faßte seine Darlegungen in folgende **Leitsätze** zusammen, die von der Versammlung einhellig gebilligt wurden:

1. Die auf dem preußischen Gesetz vom 21. Mai 1861 beruhende Grundsteuer kann für die Verteilung der Beiträge nicht mehr beibehalten werden.
2. Das Arbeits- und Gefahrenklassensystem ist für die westfälischen Verhältnisse unzweckmäßig.
3. Als Verteilungsmaßstab ist unter Aufrechterhaltung der Zahlungspflicht des Grundstückseigentümers der nach dem Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 für land- und forstwirtschaftliche Betriebe ermittelte Ertragswert einzuführen.
4. Es ist Bedacht darauf zu nehmen, daß tunlichst schon bei der nächsten Umlage der Ertragswertmaßstab zur Anwendung gelangt.

Aus der Provinz Westfalen.

Recklinghausen, 11. Febr. (**Diebe**) drangen nachts durch ein Fenster in die landwirtschaftliche Schule und stahlen drei Überzieher, eine wertvolle Geige und eine Tischdecke. Bisher waren die Ermittelungen der Polizei noch erfolglos.

w **Beckum**, 12. Febr. (**Statt ins Ausland ins Gefängnis.**) Der Anstreicher Wilh. H. hatte sein Elternhaus verlassen, weil er sich nicht mehr mit seiner Stiefmutter vertragen konnte. Mit einem Freunde faßte er den Plan, nach Holland auszuwandern. Die Fahrkosten dahin wollten sich die beiden Burschen durch Diebstähle beschaffen. Sie brachen in den Tagen vom 30. August bis 3. September vorigen Jahres bei einem Schneidermeister ein, wo sie Taschenlampen und Taschenmesser erbeuteten, dann bei einem Händler, bei dem ihnen Bonbons und Zigaretten in die Hände fielen. An anderen Stellen stahlen sie Zeug, Obst und Schnaps. Als sie bei einem Schumacher Stiefel und Schuhe entwendeten, wurden sie ertappt. Statt ins Ausland kamen sie ins Gefängnis. Der Freund, der bereits früher abgeurteilt wurde, hatte 18 Monate Gefängnis erhalten. Der noch jugendliche H. wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

-+ **Tecklenburg**, 12. Febr. (**Ein Schadenfeuer**) brach auf dem Stockmeierschen Anwesen in der Bauerschaft Wieck aus, das sich schnell ausbreitete, so daß die Feuerwehren nichts ausrichten konnten. Während das Vieh gerettet wurde, ist ein großer Teil des Inventars mitverbrannt. Von dem Gebäude blieben lediglich die Grundmauern stehen.

w **Lengerich**, 12. Febr. (**Eine üble Handlungsweise.**) Der Landwirt H. hatte hier von der Prov.-Heil- und Pflegeanstalt einen schwachsinnigen, aber sonst ungefährlichen Menschen in Kost und Arbeit genommen. Der Mann mußte für die Kost allerlei Arbeiten auf dem Hofe verrichten. Er erhielt häufig Schläge und Fußtritte. Deshalb mußte sich H. vor dem Schöffengericht in Münster wegen Mißhandlung verantworten. Er gab an, daß der schwachsinnige Mann ein störrisches Wesen an den Tag gelegt hätte, seine Arbeit hätte er ohne Widerrede erledigt. Sonntags wollte er stets zur Ballmusik, und wenn ihm dieses untersagt worden wäre, hätte er sich durch schlechte Arbeit gerächt. Mehrfach habe der Mann gedroht, das ganze Anwesen in Flammen aufgehen zu lassen. Hin und wieder habe er, der Landwirt, dem Knechte wohl auch einen kleinen Puff zur Aufmunterung versetzt. Auch der geschlagene Knecht wurde vom Richter als Zeuge vernommen. Er sagte, daß er mehrfach mit der Peitsche geschlagen und mit Füßen getreten worden sei, so daß er längere Zeit Schmerzen gehabt habe. Einmal habe man ihm sogar mit dem Messer einer Mähmaschine auf den Arm geschlagen. Auch andere Zeugen, Nachbarn des H., mußten zugeben, daß der Mann geschlagen worden war. Es habe sich das auch das ganze Dorf erzählt. Als der Schwachsinnige im November zu einem anderen Landwirt kam, war er keineswegs störrisch, sondern zu allen Arbeiten wohl zu gebrauchen; so bekundete wenigstens sein jetziger Dienstherr. Der Staatsanwalt beantragte gegen H. drei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ es bei einer Geldstrafe von 200 Mark bewenden.

⊙ **Warburg**, 12. Febr. (**Neuer Kreisvereinsvorsitzender.**) In einer von mehr als 500 Landwirten besuchten Versammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Warburg mußte die Wahl des Nachfolgers des verstorbenen Ehrenamtmanns Schönkaes als Vorsitzenden des Kreisvereins vollzogen werden. Die Meinungen waren recht geteilt. Denn im ersten Wahlgange stimmten 249 für Freiherrn von Wrede jr., 135 für den Gutsbesitzer Ignaz Bremer (Warburg) und 132 für den Rittergutspächter Sagel (Welda). Im zweiten Wahlgange wurde Freiherr von Wrede mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gewählt.

Aus den Nachbar-Provinzen.

-+ **Düsseldorf**, 12. Febr. (**Der Regieschieberprozeß.**) Bei der Vernehmung der der Hehlerei angeklagten Personen ergab sich, daß der Hauptangeklagte Koch die 75 Ernemann-Objektive, die nachher ein französischer Leutnant mit nach Paris genommen haben soll, zunächst einem Juwelier in München-Gladbach vergeblich angeboten habe. Ein Kaufmann der Textilbranche aus München-Gladbach kaufte von Koch 3000 Meter Futterstoffe, kurz darauf ein großes Warenlager, alles in allem acht Fuhrwerksladungen und drei Waggons. Außer Textilien enthielt das Warenlager noch Zigarren, Zigaretten, Gummi, Arzneien, Maschinenteile usw. und Postpakete. Als der Vorsitzende die Bemerkung machte, daß es ein Skandal sei, fremde Postpakete zu kaufen, erwiderte der angeklagte Hehler, daß die Pakete unbestellbar waren, da die Empfänger im unbesetzten Gebiet wohnten. Er gab weiter zu seiner Entlastung an, daß er die Waren der Bevölkerung des besetzten Gebietes erhalten wollte. Weiter wurden Briefe des Koch verlesen, die den Angeklagten noch mehr belasten. Seinen guten Freund und Helfershelfer stellte Koch als Staatsanwalt Berrenger vor, obwohl Berrenger nur französischer Kriminalbeamter war.

Vermischtes.

* **Eisenbahnattentat bei Magdeburg.** Berlin, 13. Febr. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Magdeburg wurde auf der Strecke Magdeburg—Braunschweig zwischen den Stationen Wallen und Niederdodeleben ein etwa zwei Zentner schwerer Feldstein von einem Streckenwärter aufgefunden. Als Täter gelang es den Schuhmacher Hase in Niederdodeleben festzustellen, der gestand, und als Grund angab, er habe die Absicht gehabt, selbst das Attentat anzuzeigen und sich dadurch eine Belohnung zu verdienen.

* **Der Banderolendiebstahl im Reichsfinanzzeugamt.** Berlin, 13. Febr. Nachdem erst vor einigen Tagen für 33 000 Mark Banderolen, die zu der Beute der drei Einbrecher in das Reichsfinanzzeugamt in Dahlem gehörten, bei der früheren Wirtin des einen Verbrechers, Marsal, gefunden wurden, ist es nach den Morgenblättern jetzt gelungen, noch einen weiteren Teil der geraubten Banderolen zutage zu fördern. Als der Verschiebung der Banderolen verdächtig, ermittelte die Kriminalpolizei den Kellner Martin Kuchler. In seinem Koffer fanden sich für 84 000 Mark Banderolen aus dem Dahlemer Einbruch.

* **Schreckenstat eines Vaters.** Berlin, 12. Febr. Wie die Abendblätter melden, wurde in Göggingen bei Augsburg eine furchtbare Schreckenstat verübt. Der Gastwirt und Fleischermeister Waldenmair holte sein uneheliches Kind von der Schule ab und brachte es in die Wohnung der Mutter des Kindes. In Abwesenheit der Mutter ging Waldenmair mit dem Mädchen in ein Zimmer und verschloß dieses. Sodann schnitt er seinem Kinde den Kopf ab und öffnete sich selbst die Pulsader.

* tu **Leichenfund im Tegeler Forst.** Berlin, 12. Febr. Wie die Abendblätter melden, machte heute morgen ein Mann aus der Siedlung „Schulzendorf" im Garten 89 der Tegeler Forst einen grausigen Fund. Etwa 50 Meter vom Schulzendorfer Bahndamm entfernt lag auf einer linken Anhöhe die Leiche eines Mannes, dessen Kleidung an den Erdboden fest angefroren war. Gesicht und Hals waren von Raubzeug bis zur Unkenntlichkeit zernagt.

* **Todesstrafe für einen Mörder.** Limburg, 13. Febr. Nach dreitägiger Verhandlung wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht der Bergmann Krämer aus Höhn, der im Juni v. Js. an einer abgelegenen Stelle des Westerwaldes seine Braut ermordet hatte, zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

* **Zuchthaus wegen Verrats militärischer Geheimnisse.** Leipzig, 11. Febr. Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute wegen Verrats militärischer Geheimnisse die früheren Kanoniere Heinrich Böhmann aus Darmstadt zu acht Jahren, Willy Michel zu fünf Jahren und Jakob Gute zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus. Böhmann und Michel wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren, dem Gute auf fünf Jahre aberkannt. Außerdem wurde bei allen auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die drei Verurteilten waren im Ludwigsburger Artillerieregiment eingestellt und hatten Schriftstücke an einen französischen Hauptmann eingeliefert und dafür insgesamt 50 Mark erhalten. Das Gericht hob hervor, daß solche Verrätereien exemplarisch bestraft werden müßten, weil die kleine Reichswehr in erster Linie vor Verrätern in eigenen Reihen zu schützen sei.

* tu **Unglücksfälle im Ermelkanal.** London, 13. Febr. (Tel.) Auch heute hat sich der seit 36 Stunden über dem Ärmelkanal liegende Nebel noch nicht gehoben. Im Verlaufe des heutigen Tages ereigneten sich zwei weitere schwere Schiffsunfälle. Der Liniendampfer „City of Lotio", 6683 Tonnen groß, ist auf den Longsands auf Grund gelaufen, während der Londoner Dampfer „Plodder", 519 Tonnen groß, mit Ballast an Bord auf der Höhe von Brighton gestern abend kollidierte und innerhalb 15 Minuten sank. Die aus 12 Mann bestehende Besatzung konnte sich mit Hilfe von Booten retten und wurde später von einem anderen Schiff aufgenommen.

* tu **Blinde Passagiere in den Kohlenbunkern erstickt.** London, 12. Febr. Der der White Star-Linie gehörige Dampfer „Adriatic", der sich auf dem Wege nach Newyork befindet, traf gestern mit einer Anzahl Touristen an Bord in Gibraltar ein. Drei blinde Passagiere italienischer Staatsangehörigkeit wurden an Land gesetzt, während zwei andere, die sich in den Kohlenbunkern versteckt gehalten hatten, noch während der Reise erstickt und auf hoher See beerdigt worden waren.

Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Die Meisterschaftsspiele im Westfalenbezirk.

(MA) **Münster**, 13. Febr. Da der Bezirksmeister in Arminia Bielefeld und der Zweite in Borussia Rheine endgültig feststeht, haben die noch fälligen Meisterschaftsspiele naturgemäß eine Einbuße an Interesse zu verzeichnen, da es lediglich um einen einigermaßen günstigen Platz gehen kann. Die angesetzten Treffen brachten die erwarteten Resultate. Das Spiel Greven 09 — Münster 08 kam nur als Gesellschaftsspiel zum Austrag und endete 2:2 unentschieden (Vergl. untenstehenden ausführlichen Spielbericht.) Preußen Münster konnte die Unioner aus Recklinghausen mit 3:1 abfertigen.

In der **Ostgruppe** siegte Westfalia Ahlen mit 6:4 Toren über V. f. K. Hamm, der V. f. J. 08 Paderborn mußte von dem V. f. B. Bielefeld eine 6:1-Niederlage hinnehmen.

An dem **Tabellenstand** hat sich in der Westgruppe nichts geändert, in der Ostgruppe dagegen stieg Westfalia Ahlen, die bisher an 5. Stelle lag, durch seinen Sieg über den V. f. K. Hamm auf den 3. Platz. Union Herford, bisher Inhaber des 4. Platzes, muß sich nunmehr mit dem 6. Platz begnügen.

Außer dem Spiel Greven — Münster fanden im Westfalenbezirk noch **zwei weitere Gesellschaftsspiele** statt. Der Zweite der Westgruppe, Borussia Rheine, spielte gegen den Zweiten der Ostgruppe, Hammer Spielvereinigung unentschieden 2:2, nachdem sie bei der Halbzeit mit 2:1 die Führung hatte. In Osnabrück trennten sich die beiden Ortsrivalen aus der Ost- und Westgruppe, V. f. L. Osnabrück und Osnabrück 06, ebenfalls mit dem 2:2-Resultat.

Greven 09 spielt gegen Münster 08 im Gesellschaftsspiel 2:2.

Das wichtige Meisterschaftsspiel in Greven wurde für die zahlreich erschienenen Zuschauer aus Greven wie auch aus Münster eine Enttäuschung. Der angesetzte Leiter aus Bielefeld war nicht erschienen, ein Schiedsrichter aus einem neutralen Verein war nicht unter den Zuschauern aufzutreiben, darauf erklärte sich der S. C. Münster 08 bereit, ein Gesellschaftsspiel auszutragen unter Leitung eines Herrn von Greven 09. Dieser Umstand wirkte natürlich sehr auf die Mannschaften ein, die nicht mit dem gleichen Eifer bei der Sache waren, wie das bei einem Kampf um die Punkte der Fall gewesen wäre. Namentlich die Elf der Münsteraner zeigte zeitweise ein recht lustloses Spiel, und ließ überhaupt, wenigstens im Sturm, nicht zu der Form aus, die sie in den letzten Spielen gezeigt hatte. So hat der Kampf denn im allgemeinen recht wenig befriedigen können.

Die Leistungen, die geboten wurden, waren auf beiden Seiten recht mäßig, wenn man nicht die münsterschen Läuferreihe ausnehmen will, die eine ganz ausgezeichnete Arbeit verrichtete, zeitweise die Stürmer Grevens überhaupt nicht über die Mitte kommen ließ und auch den eigenen Sturm mit Bällen fütterte. Auch die Verteidigungen waren beiderseits gut, die schwächsten Punkte waren die Angriffsreihen. Münster hatte das Pech, daß Ammermann infolge einer Verletzung ganz ausfiel, die anderen ergingen sich in einem übertriebenen Kombinationsspiel, aus dem sie sich kaum zu Schüssen aufrafften. Auch Grevens Sturm bot eine unbefriedigende Leistung, das Zusammenspiel ließ ebenso zu wünschen übrig, wie das Schußvermögen. In der Läuferreihe ist Wenking immer noch der alte in bezug auf sein überlegtes Zuspiel und exakte Ballverteilung, er bildet die Stütze der Elf neben der Verteidigung, die ausgezeichnet auf dem Posten war. Der Mann im Rahmen ließ sich keinen Fehler zuschulden kommen. Auf der anderen Seite zeigte Mellage wieder einige Proben seines Mutes, um nicht zu sagen Leichtsinns, und seine beiden Leute vor ihm unterstützten ihn famos und ließen dem feindlichen Sturm nicht viele Chancen.

Das Spiel war in der ersten Hälfte größtenteils offen und die Angriffe gleichmäßig verteilt. Greven konnte bereits nach 5 Minuten zum ersten Erfolge kommen, der Linksaußen nahm eine Flanke einige Meter vor dem Tor auf und setzte sie unhaltbar herein. Es dauerte recht lange, bis Münster endlich der Ausgleich glückte, der hier in ähnlicher Weise von der Mitte aus erreicht wurde. Nach dem Wechsel gestaltete sich das Spiel meistens überlegen für die Münsteraner, die fast stets im Angriff lagen, aber nicht zu schießen verstanden, wie auch in der Grevener Verteidigung ein starkes Hindernis fanden. Immerhin gelang es Kerkeling, ein leichtes Tor zu erzielen. Zum Schluß hin ließ Münster sehr nach, vor allem in der Läuferreihe. So gehörten die letzten 5 Minuten den Grevenern, die wenigstens noch den Ausgleich erzielen wollten. Schon sah es danach aus, als 2 Minuten vor Schluß der Leiter noch einen doch wohl etwas zweifelhaften Elfmeter für sie verhängte, der allzu platziert geschossen, vom Pfosten abprallte. Aber in der letzten Minute gelang es den Grevenern dann doch noch, wie beim ersten Spiel das Führungstor, so jetzt das Ausgleichstor zu erzielen, als Münster ohne den rechten Verteidiger spielte.

Daß der Leiter sich bemühte, sein Bestes zu tun, muß anerkannt werden, aber es ist nur natürlich, daß sich Münster mehrfach von ihm benachteiligt glaubte, so vor allem, als er bei einer aussichtsreichen Torgelegenheit ein kaum mögliches Abseits pfiff, schwand das Vertrauen.

Die übrigen westdeutschen Meisterschaftsspiele.

Berg.-Märk. Bezirk: V. f. B. Remscheid — D. S. C. 99 Düsseldorf 3:4.

Rhein-Bezirk: Endspiel. Odenkirchen 07 — C. f. R. Köln 1:4.

Mittelrhein-Kreis: F. C. Neuwied — Rheinland Mayen 9:1, S. C. Höhr — Koblenz-Neuendorf 0:5, F. C. Engers — Sp. Vg. Andernach 5:2.

Ruhr-Bezirk: Entscheidungsspiel. Schwarz-Weiß Essen — V. B. Altenessen 1:2. Meisterschaftsspiele: Germania Bochum — Sportfreunde 07 Essen 1:2, Erle 08 — Dortmund 95 5:1, V. f. B. Alemannia Dortmund — V. B. Buer 07 6:2.

Niederrhein-Bezirk: Entscheidungsspiel. Duisburger Sp. V. — F. V. 08 Duisburg 4:1, Preußen Duisburg — S. C. Osterfeld 0:0.

Südwestfalen-Bezirk: Sportfreunde Siegen — Jahn Werdohl 2:0, Neheim 08 — V. f. B. Weidenau 2:1.

Bezirk Hessen-Hannover: Entscheidungsspiel: Kurhessen Kassel — Sp. V. Kassel 1:2.

Westdeutsche Gesellschaftsspiele.

Berg.-Märk. Bezirk: B. V. 04 Düsseldorf — Teutonia Düsseldorf 6:1, Germania Elberfeld — Meidericher Sp. V. 2:3, Schwarz-Weiß Barmen — V. f. v. B. Ruhrort 1:5, S. C. Sonnborn — S. u. S. Elberfeld 4:0.

Rhein-Bezirk: Rhenania Köln — V. f. L. Benrath 6:2, Dürener Sp. V. — B. C. 06 Düsseldorf 2:2, F. C. Köln-Lindenthal — Eintracht M.-Gladbach 4:6, Dürener S. C. 08 — Bonner F. V. 0:2, Alemannia Aachen — Jugend Düren 1:1.

Ruhr-Bezirk: Gelsenkirchen 07 — Union Hamborn 2:2, Langendreer 04 — Preußen Bochum 3:3.

Niederrhein-Bezirk: Meiderich 06 — Hamborn 07 3:4, V. V. Beeck — Sp. C. Sterkrade 2:1.

Westfalen-Bezirk: Hammer Sp. Vg. — Borussia Rheine 5:2, V. f. L. Osnabrück — 06 Osnabrück 2:2, Greven 09 — 08 Münster 2:2.

Die norddeutschen Meisterschaftsspiele.

Bezirk Hamburg: Hamburger S. V. — Polizei S. V. Hamburg 5:2, Viktoria Hamburg — Concordia Hamburg 2:0, Teutonia Hamburg — F. C. Nienstedten 2:1, Sperber Hamburg — Borussia Harburg 3:3, Altona 93 — Union Altona 3:1.

Bezirk Harburg: Viktoria Wilhelmsburg — Rasensport Harburg 2:2, Normannia Harburg — F. C. Ottensen 0:1, Sportverein Harburg — F. C. Eimsbüttel 2:0.

Bezirk Lübeck-Mecklenburg: Phönix Lübeck — V. f. L. Schwerin 9:1, Oldesloer S. V. — V. f. R. Lübeck 1:3, Rostock 95 — F. C. Wandsbeck 3:2.

Bezirk Hannover-Braunschweig: Hannover 96 — Eintracht Braunschweig 2:0.

Bezirk Bremen: Städtespiel: Bremen — Kiel 3:2, S. V. Bremen — Wilhelmshaven 06 1:3, Frisia Oldenburg — Stern Bremen —.

Um die süddeutsche Meisterschaft.

Runde der Meister: 1. F. C. Nürnberg — FSV Mainz 05 1:0 (1:0), V. f. L. Neckarau — Sp. Vg. Fürth 3:5 (1:2), FSV. Frankfurt — V. f. B. Stuttgart 4:3 (1:3).

Runde der Zweiten: F. V. Saarbrücken — V. f. R. Mannheim 2:4 (1:3), München 1860 — Eintracht Frankfurt 3:1 (1:0).

Meisterschaftsspiel: Eintracht Trier — Saarbrücken 05 2:3, 9:4, Phönix Karlsruhe — Ludwigshafen 03 5:1, TSV. München — Bayern München 0:4.

Brandenburg:

Meisterschaftsspiele: Wacker 04 Tegel — Tasmania Berlin 1:3, Tennis-Borussia Berlin — Vorwärts Berlin 2:0, Meteor 06 Berlin — Minerva Berlin 2:5, Alemannia Berlin — Preußen Berlin 1:0, Norden-Nordwest Berlin — Schöneberger Kickers 0:1, Polizei S. V. Berlin — S. C. Charlottenburg 3:2, 1. F. C. Neukölln — Union Potsdam 2:0.

Privatspiele: Spandauer S. V. — Union 92 Berlin 1:4.

Handball.

In der Zwischenrunde um den Handballpokal der D. T. V.

blieb am Sonntag in Darmstadt **Süddeutschland** knapp mit 8:7 (4:5) gegen Berlin siegreich.

Im Halle schlug **Mitteldeutschland** den Norden mit 5:4 (3:2), nachdem das Spiel bis kurz vor Schluß 4:4 gestanden hatte.

Boxsport.

Dieners Punktsieg über Vandermeer.

Dortmund, 13. Febr. Die Dortmunder Berufsboxkämpfe brachten im ersten Kampf ein Unentschieden zwischen Sieffgen-Düsseldorf und Steenhorst-Holland. Hammer-Godesberg schlug Brandt-Berlin Gegner Reppel-Herne überlegen. Domgörgen gewann gegen den holländischen Weltergewichtsmeister van Vliet durch dessen Disqualifikation in der vierten Runde.

Der **Hauptkampf** endete mit dem **Punktsieg Dieners** über den holländischen Schwergewichtsmeister **Vandermeer**. Der Kampf ging über zwölf Runden.

(Ausführlicher Bericht über diesen Kampf in der nächsten Ausgabe. D. Red.)

Das Schwimmfest der Universität Münster

Die diesjährigen Schwimmwettkämpfe der Universität Münster werden am Dienstag in der Städtischen Badeanstalt am Zoo stattfinden. Die Meldungen zeigen, soweit bis jetzt ersichtlich ist, eine erfreulich große Anzahl von Teilnehmern in allen Konkurrenzen. Besonders bemerkenswert ist die große Anzahl der Meldungen zu den Wettkämpfen der Unterstufen, denn hier zeigt sich, daß die Universität Münster nicht nur einige spielstarke Mannschaften besitzt — Münster gewann in den letzten Wochen die westdeutsche Meisterschaft im Faustball-, Handball-, Fußball- und Wasserballspiel — sondern auch immer weitere Kreise der Studentenschaft für den Sport interessiert und erfaßt werden.

Die größte Beteiligung zeigt das 40-Meter-Brustschwimmen für Unterstufe mit 26 Teilnehmern. Kühl, Wiehemeier, Baur (Münster 91), Spangemacher (Osning) und Möllenhoff (Guestfalia) werden wahrscheinlich die ersten Plätze belegen. Die Freistilstaffel, offen für Korporationen und Akadem. Abteilungen, zeigt einen Kampf zwischen Münster 91 und A. R. V. Westfalen. Der Sieg dürfte Münster 91 nicht zu nehmen sein. Um die Springmeisterschaft bewerben sich Weber, Jansen, Loerbrocks und Hegemann. Hiervon hat Weber wohl die meisten Aussichten. Die Brustmeisterschaft über 80 Meter wird einen harten Kampf zwischen Weber, Wenig und Tappe zeigen, den Weber knapp gewinnen wird. In der Lagenstaffel 440 Meter treffen Münster 91, A. R. V. Westfalen und Markomannia aufeinander. Die Siegesaussichten sind ziemlich offen, weil die einzelnen Mannschaften unbekannt sind. In der Rückenmeisterschaft über 80 Meter werden sich Koch (Münster 91) und Stürwold (Münster 91) einen erbitterten Kampf liefern, ebenso in der Freistilmeisterschaft über 80 Meter. Hier kommt allerdings noch Weber (Alsatia) hinzu. Von den übrigen Wettkämpfen wäre noch zu erwähnen das 200-Meter-Schwimmen, das Koch (Münster 91) vor Kühl (Münster 91), wenn auch knapp aber sicher gewinnen dürfte. Ferner die Tauchmeisterschaft, eine sichere Beute des westdeutschen Hochschulmeisters Weber (Alsatia).

Die Wettkämpfe finden statt am Dienstag abend 7¼ Uhr in der Badeanstalt am Zoo.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Horizontal-Trust in Deutschland.

Nachdem die vertikalen Konzentrations- und Vertrustungstendenzen in der Destation untergegangen sind, macht sich in Deutschland immer mehr die Neigung zur horizontalen Konzentration bemerkbar. Das neueste und sehr instruktive Beispiel ist der Zusammenschluß der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. und der Nationalen Automobil-Gesellschaft (N. A. G.) bezüglich ihrer Kraftwagen-Fabrikation. Wie bereits in der Presse mitgeteilt wurde, soll nach Fertigstellung der in Arbeit befindlichen Serie des Protoswagens, der bisher von der Protos-Automobil-Gesellschaft, Siemensstadt verkauft wurde, die Automobilfabrikation der Siemens-Schuckert-Werke in die Werkstätten der N. A. G. überführt werden. Weiterhin werden die zahlreichen in- und ausländischen Geschäftsstellen der Siemens-Schuckert-Werke künftig auch für den Vertrieb der Erzeugnisse der N. A. G. und zwar sowohl der Personen- und auch der Lastwagen tätig sein. Schließlich werden auch noch die Reparaturwerkstätten der beiden Firmen zusammengelegt.

Man kann diesen neuen Zusammenschluß geradezu als ein **Musterbeispiel** für eine **gesunde Horizontal-Vertrustung** bezeichnen. Während die vertikale Vertrustung in Deutschland zu immer neuen Expansionen und Aufblähungen einzelner Firmen führte, die den ganzen Betrieb unübersichtlich machten und sich von der gesunden Basis einer normalen Entwicklung immer weiter entfernten, ist der Horizontaltrust in der Form, wie er hier geplant wird, durchaus zu begrüßen. In erster Linie wird durch ihn eine Konzentration und Produktionsverbilligung ermöglicht. Die Werke, die bisher immer noch mit einer Menge von überflüssigen Unkosten arbeiten mußten, werden auf rationellere Basis gestellt und sich in der Lage, eine **Normalisierung und Typisierung** ihrer Produkte vornehmen zu können. Gewiß wird es dabei nicht ohne Einschränkungen vor sich gehen, aber die deutsche Wirtschaft ist ja gerade auf solche Einschränkungen, die gleichzeitig eine Produktions-Verbilligung bedeuten, angewiesen, wenn sie sich auf dem Welt-Wiederaufbaus in Deutschland wird es stets sein müssen, durch eine markt konkurrenzfähig erhalten will. Das Ziel des inneren Wirtschafts-Verbilligung der Unkosten eine Verbilligung der Preise und eine Steigerung des Absatzes zu erzielen. Dazu aber bietet eine Horizontal-Vertrustung die beste Gelegenheit. In der Automobil-Industrie wird es ja überhaupt darauf ankommen, eine billige Massenproduktion zu sichern, wie schon das amerikanische Beispiel zeigt. In diesem besonderen Falle ist der Zusammenschluß um so erfreulicher, als die Siemens-Schuckert-Werke einen Teil ihrer Produktionsstätten für andere Zwecke freibekommen, während die N. A. G. durch die Fusion in die Lage versetzt wird, ihre Fabriken besser auszunutzen. Produktionspolitisch wird ein Ausgleich insofern geschaffen, als die Nationale-Automobil-Gesellschaft, die in den letzten Jahren den Lastkraftwagenbau bevorzugte, nunmehr wieder in der Lage ist, sowohl auf dem Gebiete des Personenwagens wie des Lastkraftwagen-Baues gleichmäßig tätig zu sein. Eine große Rolle hat natürlich auch das **Finanzierungs-Problem** gespielt. Finanztechnisch wird die Fusion so vor sich gehen, daß die N. A. G. 2 Millionen Mark Aktien an die Siemens-Schuckert-Werke abtritt, die ihr durch einen Generalversammlungsbeschluß aus dem vorigen Jahre zur Verfügung stehen. Aeußerst wichtig für die N. A. G. ist es dann natürlich, daß ihr die ganze gewaltige Verkaufsorganisation der Siemens-Schuckert-Werke nunmehr zu Gebote steht.

Ueber den Zusammenschluß in der Automobilfabrikation hinaus ergeben sich jedoch noch **ganz neue Perspektiven**. Die N. A. G. ist bekanntlich eng verbunden mit der A. E. G., die durch mehrere Mitglieder ihrer Verwaltung im Aufsichtsrat der N. A. G. vertreten ist. Durch andere Berührungspunkte, so das gemeinschaftliche Interesse an den Akkumulatoren-Werken, an den Osram-Werken, sind beide Konzerne bereits miteinander verbunden, und diese Verbindung wird jetzt durch den neuen Zusammenschluß noch enger. Man braucht daher kein Prophet zu sein, um eine frühere oder spätere Verschmelzung beider Gesellschaften zu einem großen deutschen Elektrotrust vorauszusehen. Die Persönlichkeiten der Leiter beider Konzerne, die sich stets für den horizontalen Zusammenschluß eingesetzt haben, sind dafür die beste Bürgschaft. Allerdings würde man die Selbständigkeit beider Gesellschaften in organisatorischer Hinsicht zu wahren wissen.

Vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aber würde die Schaffung eines solchen gewaltigen **Elektrotrustes** nur zu begrüßen sein. Gerade die Elektrobranche ist bezüglich der Normung und Typisierung der einzelnen Artikel noch sehr reformbedürftig. Gerade sie ist aber auch durch ihre Massenproduktion wie fast keine andere Branche dazu geschaffen, auf das weitestgehende einer Normalisierung unterzogen zu werden. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die bisherigen horizontalen Vertrustungs-Tendenzen nur die Vorläufer einer allgemein einsetzenden und noch weiter gehenden Bewegung sein werden. Die Verhältnisse der deutschen Wirtschaft drängen geradezu auf eine Rationalisierung, die in vielen Fällen einer bloßen Zusammenlegung gleichkommen wird. Je schneller das Tempo dieser Rationalisierung sich gestaltet, desto besser für den Wiederaufbau und die Bedeutung der deutschen Industrie und des deutschen Handels auf dem Weltmarkt.

Baumwollnotierungen.

tu **Liverpool**, 12. Febr. Schluß. März 7,51, Mai 7,62, Juli 7,73, Okt. 7,80, Dez. 7,86, J

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Hammert, Münster

Allgemeine Wetterlage Sonntag vormittag.

Die Ausläufer des zentraleuropäischen Hochdrucks hat sich mehr südostwärts gewandt, beherrscht aber von hier aus die Witterung von ganz Europa, die fast durchweg trocken ist und zum Teil wolkenlosen Himmel hat. Die Fröste beschränken sich in der Hauptsache auf die Nachtstunden, nur der Osten und Süden Deutschlands hat auch tagsüber leichten Frost. Die Wetterlage bleibt noch konstant.

Voraussichtliche Witterung am Montag.

Trocken, Sonnenschein, nachts und morgens Frost, tagsüber angenehme Temperatur.

Wetterlage Münster, Sonntag, den 13. Februar, 3 Uhr nachm.

Temperatur: 7,26 Gr. Cels., höchste von gestern: 7,4 Gr. Cels., tiefste der Nacht: — 1,2 Gr. Cels. in 5 Meter Lufthöhe, — 3,4 Gr. Cels. 2 Zmt. über den Erdboden. Bodenwindrichtung: SSO, Stärke 2, Stundengeschwindigkeit: 12 Klm. = 3,4 Sekundenm. = 4 Klgr. Winddruck auf 1 Qdrm. Höhenwinde: SO lich. Witterung: Wolkenlos. Barometerstand: 773,5 Millim. Leicht steigende Tendenz. Sicht bis: 20 Klmtr. Luftlinie.

Zuschriften aus dem Leserkreise.

Die Soliditit-Decke der Straße „Am Kanonengraben".

Wir erhalten folgende Zuschrift: Zu dem Artikel: „Die neuen Straßenbauverfahren" in Nr. 126 des Münsterischen Anzeigers vom 6. 2. 1927 stelle ich mit Erstaunen fest, daß von der Soliditit-Decke Am Kanonengraben nichts gesagt wird. Hier ist die Zementschicht, oder wie sich die Masse nennt, (als Laie kenne ich das Material nicht) bereits total verbraucht und das verbrauchte Material hält sich bei nassem Wetter als Unrat in der Straßenrinne auf oder weht bei trockenem Wetter als feiner Zementstaub den Anwohnern in die Wohnräume herein und verstaubt die ganze Gegend einschließlich Promenade, namentlich, wenn der große „Büssing" mit voller Kraft zur „Freude" aller Beteiligten daher gesaust kommt, in einer großen Staubwolke gehüllt. Die Straße mit Steinpflaster war früher immerhin einigermaßen sauber; jetzt befinden sich bei nassem Wetter überall Dreckpfützen, die Straße ist alles andere als sauber zu bezeichnen. Man wird hier den Anwohnern Am Kanonengraben nicht vorwerfen können, daß man auf ihr Betreiben hin die Straße zu früh in Benutzung genommen hat; übrigens: seit wann tragen denn die Anwohner die Verantwortung für die neuen Straßenbauten? Mit einer wahren Lammesgeduld hat man hier zusehen müssen, wie sich die Arbeiten, namentlich zuletzt die Aufräumungsarbeiten, hingezogen haben. Wie dem oben erwähnten Artikel zu entnehmen ist, werden die Anwohner Am Kanonengraben ja noch lange „Freude" an dem Straßenbau haben; die Unternehmer haben Garantie geleistet, also müssen die Anwohner damit rechnen, daß man demnächst den Kanonengraben wieder aufreißt. Angesichts dieser unangenehmen Aussichten wünscht man sich das alte, wenn auch verschlissene Steinpflaster zurück und rät seinem Mitbürger, nur ja nicht nach besserem Straßenpflaster zu verlangen, auch nicht, wenn sein Steinpflaster total verbraucht sein sollte, — denn was er wiederbekommt, ist zweifelhafter, höchst zweifelhafter Ersatz!

Fragen wie etwa die folgende: „Warum hat man denn überhaupt bei schlechtem, nassem Wetter mit den doppelt üblen Begleiterscheinungen für die anliegenden Steuerzahler gebaut, warum nicht von vornherein bei trockenem Wetter usw." sollen hier nicht weiter aufgeworfen.

Zweck dieser Zeilen soll lediglich sein, den in Frage kommenden Stellen auch den üblen Zustand der neuen Soliditit-Decke Am Kanonengraben zu schildern, da, wenigstens nach dem Artikel zu rechnen, man hiervon anscheinend noch keine — Ahnung hat. A.

Vereine und Veranstaltungen.

Münster, 14. Februar.

Die Solomitglieder und das Stadttheater veranstalten am 26. und 27. Februar ihr Gaukerfest in der Stadthalle. Der Saal wird besonders festlich geschmückt, die Bedienung in den verschiedenen Sekt- und Likörständen wird von den Solomitgliedern übernommen. — Die Tanzbühne wartet mit neuen Schlagern auf. Der Vorverkauf im Verkehrsverein und an der Theaterkasse hat bereits begonnen. Eintrittspreis 5 Mark.

Photographische Gesellschaft Münster. Der für Dienstag, den 15. Februar vorgesehene Lichtbildervortrag des Herrn Dr. Steffen über seine Spanienreise mußte auf einen späteren Termin verlegt werden. An dessen Stelle wird ein Lichtbildervortrag des Steueramtmanns Gaertner „Photographische Streifzüge durch das Sauerland", stattfinden. Beginn 8½ Uhr, Jüdefelderstraße Nr. 12 (eigene Räume).

Viel Elend wird gelindert durch die
Wohlfahrtsbriefmarken

Verantwortlich für den Allgemeinen Teil **Paul Koene**, für Politik **Heinrich Heilemann**, für Kunstkritik **Dr. Rudolf Predeek**, für Feuilleton **Dr. Gottfried Hasenkamp**, für Handel und Sport **Josef Engbers**, für Inserate **Anton Pusch**, sämtlich in Münster. Druck und Verlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung, Münster i. W.

Vorläufige Todesanzeige.

Frau Amtmann Christine Bormann geb. Weber, **Borghorst**, ist gestorben. Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 15. Februar, morgens ½9 Uhr, gleich darauf das Traueramt.

Die ausführliche Todesanzeige folgt in unserer heutigen Abendnummer.



Gebt uns Arbeit für unsere
Blinden, Kriegs- und Zivilbeschädigten!
„Westfalenfleiß" G. m. b. H.
Verkaufsstelle Bergstr. 19. Tel. 586
Korbmöbel und Körbe aller Art jämtl. Bürsten und Besenwaren, Stuhlflechterei und Korbreparaturen. Billiges zerkleinertes Brennholz. Reparatur von Bohnerbesen.
Abholen u. Zustellen kostenlos. e9504)e

H. Middendorff
Medizinisches Warenhaus
Spiekerhof 21 22 Gegr. 1850 Fernr. 488
Verkauf und Vermietung
Elektr. Licht- und Heißluftbäder
Kreuz-Thermalbad
Elektrisierapparate e8749x1
30 Säuglingswaagen z. Ausleihen

Photogr. KRAHN
WESELERSTR. 29
1043
filmt und photographiert
auf Bestellung außer dem Hause.

Strebs Landwirtssohn
kath., 25 Jahre alt, mit 20000 M. Barvermögen sucht Bekanntschaft mit einer gebildeten Dame in ähnlichen Vermögensverhältnissen oder wo Einheirat in Land- oder Gastwirtschaft geboten wird. Vermittl. v. Verwandten oder Geistlichen sehr erwünscht. Strengste Diskretion zugesichert. Gefl. Angebote mit D E 5592 durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung. *ll

Möbl. großes Zimmer,
evtl. mit 2 Betten, zum 1. März zu vermieten.
Schillerstraße 58. *

Mehrere 3—5-Zimmer-Wohnungen
geg. Vorauszahlung d. Miete auf läng. Zeit gegen Instandsetzungskost. od. Abfindung, ges. Off. u. C O 1214 an Gesch.*

Gutempfohl., tücht. **Stundenmädchen** ges. f. tägl. 7—8 Uhr. *
Kleimannstraße 4.

Junger *
Schreinergef.
sofort gesucht.
B. Rothoff, Albachten.

Suche Stellung als
Chauffeur.
Besitze Führerschein 1, 2, 3 b. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Verrichte sämtliche Hausarbeiten, auch im Büro. Lohn nach Vereinbarung. Offert. unter M M 1213 an Gesch. *

50—70 qm gebr. *
Fußboden
zu kaufen gesucht.
Näh. Anz.-Ann. **Korte**, Michaelisplatz 7—8.

Haferstroh
zu verkaufen. *
Karl Witte, Gelmer.

1 Gasherd mit Backvorricht., 1 Küchenherd, 1 Dauerbrandofen, 1 Wäschemangel, 1 Staubsauger, Syst. Saugling, zu verkaufen. *
Kaiser Wilhelm-Ring 5.

Damen-Maskenkostüm
„Prätiosa" abzugeben.
Jüdefelderstr. 55 a. *

Habe ein hochtragendes
Rind
zu verkaufen. *
Frieling-Kohaus, Kinderhaus.

Ziehung 22.—24. Febr.
Lotterie
für die **Kriegerwaisen**
9064 Gewinne • W. Mk.
Hauptgew. ev. 80000 30000 20000 10000
Lose à Mark 1.—
Porto u. Liste 35 Pfg. vers. auch unter Nachn.
Emil Stiller Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 39 18039ä

Verrenkungen,
Überbein, Hexenschuß wird sofort beseitigt, Behandlg. von Ischias, steifen Schultern und Gliedern, Gelenken und all. Fußleiden, Schröpfen, Massieren usw. — Krätze, Bartflechten und alle juckenden Hautausschläge beseitigt schnell
A. H. Beßmann,
Spezialist,
Münster, Neuplatz 32 Tel. 2695. f537)

Herzensfrage!
Welche intell., geb., lebensfrohe, mögl. vermög. Dame (auch Ww.) ersehnt gleich mir Verbindung zwecks *
harmon. Ehe?
Bin Kaufm. in mittl. Jahren, kath., symp., 1,74 gr., Witwer, vermög. u. gut Einkomm. Erbitte Vertrauenszuschriften unter Nr 3454 an Anzeig.-Ann. **Korte**, Michaelisplatz 7—8.

7-8000 Mk.
als 1. Hypothek auf größere Besitzung vom Selbstverleiher gesucht.
Offert. u. C O 1296 an die Geschäftsstelle. *

Beteiligung oder Geschäftsübernahme mit 5000 Mark
sucht tüchtiger Mann, 36 Jahre alt. Offerten unter Nr. 6813 an Anz.-Annahme **Korte**, Michaelisplatz 7—8. *

Empfehle mich zum
Anfertigen u. Aufpolst.
von Sofas, Chaiselongues und Matratzen.
C. Clusmann,
Königstr. 9. *6341

Wer liefert oder fertigt an f667

Glasschrank u. Theke
mit Glasaufsatz gegen Teilzahlung? Offerten unter J J 1292 an die Geschäftsstelle dss. Bl.

Kinderwagen-Verdecke
werden neu bezogen.
f497) Bült 17.

Das Sechswochen-Seelenamt
für meine liebe, unvergeßliche
Frau Albert Marquardt
Gertrud geb. Falke
findet statt am Dienstag, den 15. Februar, morgens 8 Uhr in der St. Mauritz-Kirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden. *p

Hypothekenkapitalien
ab 20000 — Mk. zu 6 und 7% Zs. auf 5 Jahre
auf größere Wohn- und Geschäftshäuser und erstk. assige Güter
von mindestens 500 Morgen durch
Wilh. Boymann, Spark.-Rendant a. D.
Münster i. W., Gersonstraße 7. r8730p

Tüchtiger Fachmann
wird r8641)p
von alter erstklassiger Lebensversicherung mit modernsten Einrichtungen in Groß- und Klein-Leben als Generalagent (Bezirksdirektor) auf Direktionsvertrag gesucht.
Geboten wird: großzügiges, selbständiges, in keiner Weise beengtes Arbeiten bei hohen Bezügen und tatkräftiger Unterstützung seitens der Gesellschaft.
Verlangt wird: rührige u. gediegene Organisations- u. Werbetätigkeit bei weitreichenden Beziehungen zu den maßgebenden Wirtschafts und Gesellschaftskreisen.
Sachbranchen können für angeschlossene Konzern-Gesellschaft betrieben werden.
Ausführliche Angebote, die streng vertraulich behandelt werden, unter H. H. 5576 a. d. Geschäftsst.

„Seit Jahren litt ich an einem sehr schmerzhaften
Gesichts-ausschlag
mit Schuppenbildung, Rissen und Anschwellungen. Die dreimalige Anwendung Ihrer 35%igen „Zucker's Patent-Medizinal-Seife" hat in einer hellen Woche das Leiden so gründlich beseitigt, daß auch die natürlicherweise zu erwartenden Rückschläge bis heute ganz ausgeblieben sind. Bauamtmann H." à Stck. 60 Pfg. (15%ig), Mk. 1.— (25%ig) und Mk. 1.50 (35%ig, stärkste Form). Dazu „Zucker's Creme" à 45, 65 und 90 Pfg., in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.
Drogerie C. Francke, Frauenstr. 1 u. Jüdefelderstr. 4
Drogerie Jos. Homeyer, Ecke Schiller- u. Wolbeckerstr.
Otto Krumoeus, Sem. Drogerie, Salzstraße 51.
Rhenania-Parfümerie H. Monhof jr. Salzstr. 57
Carl Schmitz, Parfümerie, Rothenburg 54. p7516wx

Betten
werden beim Einkauf neuer Inlette gratis entstäubt und umgefüllt.
p3533)
Betten Troche
Ludgeristraße 34
Dampf-Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Antrieb

Wir sind ständig in der Lage
junge Burschen
im Alter von 14—21 Jahren als Hüteburschen und landwirtschaftliche Arbeiter, außerdem in beschränktem Umfange h538xy
Mädchen
für landwirtschaftliche Haushaltungen zu vermitteln. Geeignete Jugendliche für
Lehrlingsstellen
im Handwerk können nach gewissenhafter Eignungsprüfung überwiesen werden. Auf Konfession wird nun gemäß Rücksicht genommen.
Öffentlicher Arbeitsnachweis Wanne-Eickel.

Kostüme und Mäntel
fertige zu billigen Preisen an.
Modernste Ausführung, guter Sitz
Kostüme u. Mäntel von 20 M. an
Complets . . . von 35 M. an
Vor- und Nachmittagskleider von 10 Mark an. f610)w
J. Köching, Bült Nr. 1.



Wenn Sie husten müssen
dann belästigen Sie nicht nur Ihre Umgebung, sondern Sie selbst leiden an etwas, das Ihnen jede Freude — sowohl an der Arbeit, wie am Vergnügen — rauben kann;
Denken Sie an sich selbst
in erster Linie, indem Sie schon beim ersten Hustenreiz einige WYBERT-Tabletten in den Mund nehmen! Noch besser aber ist es, wenn Sie das Übel gar nicht abwarten, sondern vorbeugen, indem Sie ständig WYBERT-Tabletten bei sich tragen.
WYBERT-Tabletten lösen rasch und machen frei vom Hustenreiz, wirken reinigend auf die Schleimhäute der Atmungsorgane und schaden weder dem Magen, noch den Zähnen.
Eine Schachtel WYBERT enthält über 400 Tabletten.
Wybert
1 Mark in Apotheken u. Drogerien



Mund-Gymnastik
Kräftigung des Zahnfleisches, Belebung des Gaumens und Straffung der Gesichtsmuskulatur sind natürliche Folgen des Kauens der P. K.-Kau-Bonbons.
Stets reiner Mund und dauernd angenehm duftender Atem. Der reiche Speichelfluss beim Kauen ist den Zähnen zuträglich und hilft der Verdauung.
G. H. 20
Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!
WRIGLEY
P.K. KAU-BONBONS
WRIGLEY A.G. FABRIK: FRANKFURT a. M.

Jr. größter Auswahl, bester Qualität und zu billigsten Preisen empfehle z20d3xs
Gitarren
Lauten
Mandolinen
Violinen
Mundharmonikas
Ocarinas
Trommelflöten
Guitarrezithern
Ziehharmonikas
Notenpulte
Taktstöcke
Violinkasten
Violinbogen
Tragbänder
Lautenhüllen
Mandolintaschen
Grammophone
Platten Nadeln
Spezialität. **Saiten** für alle Instrumente
M. Kneer'sche Musikalien- und Instrumentenhandlung
Prinzipalmarkt 20.

Stets Neuheiten in
Uebergangs-Hüten
f3953
August Schmedes
Das Haus der Damen-Hüte.

Neu eröffnet
sind seit Sonnabend unsere
„Sameka"-Filialen
Ludgeristraße 96
(früher Rauter's Weinstuben)
Weselerstraße 27
(neben Drogerie Mainz)
Auch heute noch beim Einkauf von ¼ Pfund Bohnenkaffee an, eine Zugabe.
Bekannt sind unsere guten Qualitäten
Täglich frischgebrannten Bohnenkaffee von Mk. 2,60 bis Mk. 4,20
Führendes Spezialgeschäft für Kaffee, Tee, Kakao
„Sameka"
Münster i. W. Telefon 4164
Hauptgeschäft: Eisenbahnstraße 7.
Sämtliche Verkaufsstellen sind durchgehend geöffnet m748

sind die besten und billigsten
Bequeme Teilzahlungen
National Registrier Kassen Ges. m. b. H.
Fabrik. Berlin-Neukölln
Bezirksvertreter: A. BERZDORF Münster in Westfalen
Musterlager: Alter Fischmarkt 19, 1 (Restaurant Stieger) Tel. 2956

SCHAUBURG
MÜNSTER i. W. AM SERVATIIPLATZ
Der Film der Deutschen!



Bismarck
Der Begründer des Deutschen Reiches.
Ein Monumentalfilmwerk, das niemand versäumen sollte
Jugendliche haben zu den Nachmittagsvorstellungen um 3 Uhr Zutritt



Trauerhüte
Ständige Ausstellung!
Auf Anruf erfolgt Auswahlsendung prompt durch Geschäftsauto.
Otto Liessem
Liessemhaus
Telefon 2036. s8693gm

Mittelmeer-Reisen
Reisen an die Riviera
Billige Preise!
Erstklassige Ausführung
Prospekte usw. durch das
Reisebüro M. Lückertz
Münster i. Westf.
Ludgeristr. 12. r790 gä
Inseraten-Aufträge sind an die Geschäftsstelle zu richten (nicht an die Redaktion).

Schaufenster-Dekorations-Artikel . Glasplatten
Glasschutzwände . Kokseinlagen



L. H. Christenhusz
Münster i. W.
Fabrik: Goldstraße 1, (am Hörsterplatz). Fernruf 760.

Inseral-Aufträge sind an die Geschäftsstelle zu richten (nicht an die Redaktion).